


138. Sitzung, Dienstag, 19. Dezember 2017, 17.30 Uhr

Vorsitz: Karin Egli (SVP, Elgg)

Verhandlungsgegenstände
5. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2018 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2018–2021

Antrag des Regierungsrates vom 30. August 2017, Nachtrag vom 1. November 2017 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 23. November 2017; Fortsetzung der Beratungen

Vorlage 5384b Seite 8902

6. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2018 und 2019

Antrag des Regierungsrates vom 30. August 2017 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 23. November 2017; Fortsetzung der Beratungen

Vorlage 5383a Seite 8902

7. Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2018-2021 (KEF 2019-2022)

Zusammenstellung der Geschäftsleitung vom 23. November 2017; Fortsetzung der Beratungen

KR-Nr. 312/2017 Seite 8902

Verschiedenes

- Grusswort des Regierungspräsidenten zum Jahreswechsel Seite 8961
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 8961

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Karin Egli: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

5. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2018 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2018–2021

Antrag des Regierungsrates vom 30. August 2017, Nachtrag vom 1. November 2017 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 23. November 2017; Fortsetzung der Beratungen

Vorlage 5384b

6. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2018 und 2019

Antrag des Regierungsrates vom 30. August 2017 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 23. November 2017; Fortsetzung der Beratungen

Vorlage 5383a

7. Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2018-2021 (KEF 2019-2022)

Zusammenstellung der Geschäftsleitung vom 23. November 2017; Fortsetzung der Beratungen

KR-Nr. 312/2017

Finanzdirektion

Leistungsgruppe 4950, Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen

Budgetkredit Erfolgsrechnung

15a. Minderheitsantrag Markus Bärtschiger, Robert Brunner und Tobias Langenegger (FIKO):

Verschlechterung: Fr. 50'000'000

Der Lohn des Personals entwickelte sich in den letzten Jahren kaum. Im Gegenteil, einerseits musste sich das Personal an der BVK-Sanierung beteiligen und andererseits diverse Kürzungsanträge über sich ergehen lassen. Nun ist es an der Zeit, das Personal zu berücksichtigen. Aus diesem Grund soll dem Personal bis und mit der Lohn-

klasse 20 eine Lohnerhöhung von 1% im Jahr 2018 gewährleistet werden.

Beat Bloch (CSP, Zürich): Es freut mich, dass mir die Ehre zufällt, nach dem Lunch hier als Erster das Wort ergreifen zu dürfen.

Wertschätzung ist das grosse Wort in der Personalführung, wir haben das heute auch vom Vertreter der EDU gehört, dass eben die Wertschätzung einen grossen Stellenwert haben soll. Die Mitarbeitenden in einem Betrieb sollen für ihre Leistungen Anerkennung, Lob und – das ist auch ganz wichtig – einen angemessenen Lohn für die geleistete Arbeit bekommen. Die kantonale Verwaltung beschäftigt gemäss Homepage der Personalamtes rund 32'000 Mitarbeitende und ist der grösste Arbeitgeber im Kanton Zürich. Zum Vergleich beschäftigt etwa die Zürich Versicherung in der Schweiz rund 5100 Personen, das entspricht in etwa dem Korps der Kantonspolizei, und die Credit Suisse (*Schweizer Grossbank*) weltweit 46'750 Personen. Man darf also mit Fug und Recht feststellen, dass die Verwaltung des Kantons Zürich ein Grossunternehmen ist. Den grössten Arbeitgeber im Kanton mit einem Kleinbetrieb zu vergleichen, macht deshalb wenig Sinn. Stellt man jedoch die Anstellungsbedingungen des Kantons denjenigen anderer Grossbetriebe gegenüber, so schneidet der Kanton nicht gut ab. Die anderen Grossbetriebe sind bezüglich Lohn, Ferien, Zusatzdienstleistungen dem Kanton teilweise meilenweit voraus und in verschiedenen Berufsgattungen findet nur eine Bewegung statt: Vom Kanton weg zu anderen Grossbetrieben. Dies rechnet sich langfristig für den Kanton nicht, da er bei solchen Wechseln jedes Jahr viel Know-how verliert.

Der vorliegende Antrag versucht zumindest in den unteren Lohnklassen Abhilfe zu schaffen. 1 Prozent Lohnerhöhung soll bis zur Lohnklasse 20 gewährt werden. In dieser Lohnklasse – der höchsten, die vom Antrag profitieren soll – sind beispielsweise Assistenzärzte, Gerichtsschreiber an den obersten Gerichten oder Leitende des Pflegedienstes eingeteilt. Hans Egli hat am Anfang der Budgetdebatte davon gesprochen, dass es nur 10 Prozent der Angestellten beim Kanton sein sollen, die unter 100'000 Franken verdienen würden. Dabei hat er auf die Anfrage Kantonsrats-Nummer 18/2017 verwiesen. Die Auflistung in der Antwort des Regierungsrates gibt jedoch ein anderes Bild: Von den dort aufgeführten rund 38'000 Mitarbeitenden verdienen rund 4400 weniger als 80'000 Franken brutto und 18'600 verdienen zwischen 80'000 und 120'000, wobei der Durchschnittslohn praktisch bei 100'000 Franken brutto liegt. Damit dürften rund 13'700 Beschäftigte

im Kanton unter 100'000 Franken verdienen. Somit, Hans Egli, sind es mehr als 35 Prozent, die weniger als die angesprochenen 100'000 Franken verdienen, wobei von einem Bruttolohn gesprochen wird.

Und vor allem um diese unteren und mittleren Lohnklassen geht es. Die würden von einer generellen Lohnerhöhung profitieren, wenn Sie diesen Antrag gutheissen. Natürlich ist die Summe, die dafür aufgewendet werden muss, kein Klacks. Es ist aber nicht nur eine Anerkennung für die grundsätzlich gute Arbeit, die in der kantonalen Verwaltung geleistet wird und von der auch der Wirtschaftsstandort Zürich massiv profitiert, es ist auch eine Investition in die Zukunft. Mit dieser Geste der Wertschätzung kann die Motivation gesteigert und die Anzahl der Abgänge vermindert werden. Angesichts der seit Jahren stagnierenden Löhne in der Verwaltung ist dieses Zeichen wichtig und die Angestellten des Kantons haben es auch verdient.

Die Fraktion der Grünen anerkennt die guten Leistungen der kantonalen Angestellten und wird deshalb diesen Antrag unterstützen.

Beatrix Frey (FDP, Meilen), Präsidentin der Finanzkommission (FIKO): Ich spreche im Namen der FIKO-Mehrheit an dieser Stelle zum Budgetantrag 15a und zur KEF-Erklärung 15. Das sind diejenigen Anträge, für die Mitglieder von VPOD (*Verband des Personals öffentlicher Dienste*) und VPV (*Vereinigte Personalverbände des Kantons Zürich*) am letzten Montag auf die Strasse gegangen sind und uns mit Pfiffen und lautstarken Parolen empfangen haben, um für diese Anträge zu kämpfen und ihre Interessen zu dokumentieren. Nun, das ist legitim, selbstverständlich. Und ob Sie es glauben oder nicht, auch aus Sicht der FIKO-Mehrheit sind attraktive und faire Anstellungsbedingungen wichtig, um fähiges und motiviertes Personal zu bekommen und auch zu behalten. Und aus diesem Grund unterstützt es die FIKO-Mehrheit auch, dass für das Personal 0,4 Prozent für Lohnerhöhungen zur Verfügung stehen. Für die Lehrpersonen sind es 0,9 Prozent. Und sie unterstützt es auch, dass der Teuerungsausgleich von 0,5 Prozent ausgerichtet wird. Das heisst also, dass für normale Angestellte 0,9 Prozent zur Verfügung stehen und für die Lehrpersonen 1,4 Lohnprozente.

Die FIKO ist auch bereit, über Verbesserungsmassnahmen bei den Anstellungsbedingungen zu diskutieren. Sie will dies aber gezielt dort tun, wo Handlungsbedarf besteht. Und dieser Handlungsbedarf besteht eben nicht, wie die Postulanten hier zu vermuten glauben, bei den tiefen und mittleren Einkommen. So hält der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Interpellation Daurù, Steiner, Bischoff (*KR-Nr.*

250/2016) explizit fest, und jetzt zitiere ich: «Bei den unteren und mittleren Einkommen sowie bei den Lehrpersonen bezahlt der Kanton Zürich gute bis sehr gute Löhne. Hinzu kommen sogenannte weiche Faktoren wie Arbeitsplatzsicherheit, flexible Arbeitszeitmodelle, Entwicklungsmassnahmen, Unterstützung und grosszügige Regelungen im Krankheitsfall und so weiter, die den Kanton als attraktiven Arbeitgeber auszeichnen.» Nun, wir haben in der Diskussion schon sehr viele Zahlen gehört. Es ist auch ein emotionales Thema, aber lassen Sie mich doch auch noch ein paar alternative Fakten zusammentragen (*Heiterkeit*) – ich habe den Witz bewusst gemacht, danke für die Lacher –, welche aus Sicht der FIKO wichtig sind:

Erstens individuelle Lohnerhöhungen: In den letzten Jahren stand immer – und ich betone: immer – ein Betrag für individuelle Lohnmassnahmen zur Verfügung. Also eine Nullrunde gab es nie. Und laut den Personalführungskennzahlen der Regierung, die im Übrigen öffentlich sind – das können also auch die Medien einsehen –, wurden in den letzten Jahren immer rund einem Drittel des Personals individuelle Lohnerhöhungen gewährt. Bei guter Leistung dürfen sich Angestellte im Schnitt also alle drei Jahre über eine individuelle Lohnerhöhung freuen.

Der zweite Punkt ist die Teuerung, auch sie wurde schon verschiedentlich angesprochen: Sie betrug in den letzten zehn Jahren insgesamt 1 Prozent. Seit 2008 wurden dem Personal aber 4,3 Prozent Teuerungsausgleich ausgerichtet, das heisst, es wurde an und für sich ein Mehrausgleich von 3,8 Prozent ausgerichtet.

Dritter Punkt, Ferien: Es ist korrekt, dass nicht alle Angestellten automatisch eine fünfte Ferienwoche haben. Allerdings gibt es eine sehr grosszügige Regelung zur Kompensation von Mehrzeit. So sieht die Vollzugsverordnung zum Personalgesetz vor, dass pro Kalenderjahr bis zu 15 Arbeitstagen kompensiert werden können. Und wenn ein positiver Arbeitszeitsaldo verbleibt, so wird dieser bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses vergütet, gegebenenfalls sogar mit Zuschlag. Einzig für Kaderangehörige ab Lohnklasse 24 wird die Mehrzeit nur ausbezahlt, wenn sie 120 Stunden übersteigt. Zudem – es wurde bereits gesagt – wurden dem Personal in den letzten Jahren über Weihnachten/Neujahr immer zusätzlich zwei arbeitsfreie Tage geschenkt.

Und vielleicht noch der vierte Punkt, die BVK: Dank der Sanierung der BVK (*Versicherungskasse für das Staatspersonal*), wo notabene die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler den Löwenanteil bezahlt haben, verfügen die Angestellten im Kanton Zürich auch heute noch über eine sehr grosszügige Pensionskassenlösung. Also bitte, liebe

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, lassen Sie sich nicht einreden, Ihre Arbeit würde nicht wertgeschätzt und Ihre Anstellungsbedingungen seien unfair. Ich bin auch überzeugt, dass sich ein Grossteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Tatsache bewusst ist. Denn nicht umsonst ist die Fluktuation in der kantonalen Verwaltung mit insgesamt 6,4 Prozent rekordtief. Also da müssen Sie mir eine Branche zeigen, wo sie tiefer liegt. Und 2016 gaben gemäss der Personalführungsstatistik des Regierungsrates nur 4 Prozent der Angestellten als Austrittsgrund die Anstellungsbedingungen an. Etwa dreimal so viele haben die Verwaltung verlassen, weil sie nicht mit ihren Chefinnen oder ihren Chefs klarkamen.

Im Namen der Finanzkommissionsmehrheit bitte ich Sie daher, den Minderheitsantrag 15a und die KEF-Erklärung 15 abzulehnen. Besten Dank.

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau): Die Finanzkommissionspräsidentin hat es bereits ausgeführt, solche Demonstrationen, wie sie letzten Montag hier stattgefunden haben, sind eher kontraproduktiv. Ein pauschales Auspfeifen nützt der Sache eigentlich nichts.

Es wird eine Lohnerhöhung von 1 Prozent beantragt, und wir sprechen hier definitiv nicht vom Teuerungsausgleich von 0,5 Prozent, denn dieser wird nicht infrage gestellt. Es geht in diesem Antrag um eine zusätzliche Lohnerhöhung. Einige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen würden sich sicher darüber freuen, andere jedoch sehen die Realität. An dieser Stelle möchte ich betonen, dass die SVP mit ihrer Haltung nicht die Qualität der geleisteten Arbeit beurteilen will, denn diese ist unseres Erachtens grösstenteils sehr gut. Es ist aber eine Tatsache, dass sich das Lohnniveau bei Neueinstellungen nach der Ausbildung auch für Studienabgänger in vielen Branchen und Betrieben eher nach unten korrigiert, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Es kann aus Sicht der SVP nicht sein, dass zu diesem Zeitpunkt Staatsangestellte, deren Lohn zum grössten Teil aus Steuereinnahmen, Abgaben und Gebühren generiert wird, eine Lohnerhöhung zusätzlich zum Teuerungsausgleich zugesprochen bekommen. Es geht nicht um Missgunst, Neid oder sonst etwas Negatives, es geht uns um den Respekt allen Steuerzahlenden gegenüber.

Die SVP lehnt den Minderheitsantrag, der eine Budgetverschlechterung um 50 Millionen Franken mit sich brächte, ab.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Ich spreche zur beantragten Lohnerhöhung um 1 Prozent, Antrag 15a.

Die CVP ist der Ansicht, dass der Kanton Zürich ein attraktiver und fairer Arbeitgeber sein soll. Wir sehen auch, dass das Personal in den letzten Jahren auf einiges verzichten musste. Darum unterstützen wir die Anträge der Regierung, welche für individuelle Lohnerhöhungen 0,4 Prozent der Lohnsumme beantragt und einen Teuerungsausgleich von 0,5 Prozent. Mir ist klar, dass die Gewerkschaften etwas mehr fordern müssen. Der Antrag hat daher – wie soll ich sagen? – appellatorischen Charakter, es geht darum, Ansprüche zu markieren. Doch so schön das tönt und so leid es mir tut: 1 Prozent liegt zum aktuellen Zeitpunkt nicht drin und es wäre auch nicht angemessen. Es ist auch nicht so, dass in der Privatwirtschaft alle mit einer solchen Lohnentwicklung rechnen können. Ich bin jeweils schon etwas erstaunt, wenn ausgerechnet die SP auf die sonst so unbeliebten Grossbanken und die Löhne, die man dort zahlt, zu sprechen kommt und diese dann plötzlich als erstrebenswert deklariert. Ich stelle schliesslich noch fest – vielleicht ist mir noch das Votum von Robert Brunner im Ohr, er hat ja die Anträge in der Kontogruppe 4950 als dubios bezeichnet: Also auch die linke Ratsseite stellt sehr gerne, lieber Röbi, Anträge in dieser Kontogruppe, ich nehme an, trotz deiner Intervention.

Wir lehnen den Antrag ab. Besten Dank.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Ich gebe Ihnen meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Präsident des Verbands der Kantonspolizei, der hat rund 3000 Mitglieder. Die Präsidentin der FIKO hat bei der Aufzählung ihrer alternativen Fakten die BVK erwähnt. Ich denke, wir müssen hier keine BVK-Diskussion führen. Nur sollten Sie dann auch erwähnen, wie viele Jahre der Kanton durch die «Beitragsferien» viel Geld gespart hat, das er für die Versicherten hätte einzahlen sollen. Dass das jetzt mit Steuergeldern nachgeschossen werden musste, war nichts anderes als richtig. Der Kanton hat hier am falschen Ende gespart.

Jetzt spreche ich zur beantragten Lohnentwicklung: Der Regierungsrat beziehungsweise die Regierung selber hat sich mit der Personalverordnung – wir haben es gehört, Paragraph 16 – verpflichtet, sich bei der durchschnittlichen Lohnentwicklung grundsätzlich daran zu orientieren, wie sie sich bei Arbeitgebern mit Bedeutung für den Wirtschaftsraum Zürich entwickelt. Sie zieht dabei jeweils die UBS-Lohnstudie zu Rate. Es lohnt sich, diese Studie einmal genau zu studieren. Darin wird zum Beispiel verglichen, wie viel Arbeitszeit nötig ist, um sich einen «Big Mac», ein Kilo Brot oder ein iPhone zu kaufen. Und dabei werden Kantone und auch Länder weltweit miteinander verglichen.

Im Kanton Zürich bedeutet es im Durchschnitt, dass man für einen «Big Mac» elf Minuten arbeiten muss, für ein Kilo Brot fünf Minuten und für ein iPhone 20,6 Stunden. Mit dieser Studie werden Lohnniveau, Preisniveau und Binnenkaufkraft berücksichtigt. Und dann ist eben der Vergleich auch möglich, dass ein Mitarbeiter des Staates Zürich um einen entsprechenden Bruchteil länger arbeiten muss, um das gleiche Produkt zu kaufen. Daraus wird dieser Lohnrückstand von 1,5 Prozent teuerungsbedingt auch abgeleitet.

Es gibt noch einen wichtigen Punkt zu beachten. In der Studie sind die Kosten für die obligatorischen Krankenkassen nicht berücksichtigt. Weil sie bei uns nicht Teil des staatlichen Sozialversicherungssystems sind, erfolgen keine Lohnabzüge. Die Kosten für Krankenkassen sind in den letzten Jahren trotz stagnierender Teuerung aber sehr stark gestiegen, de facto ist Ende eines Monats weniger Geld vorhanden, als es im Vorjahr war, auch wenn die Teuerung nicht gestiegen ist. Seit Jahren bemüht sich der Regierungsrat, die Personalverordnung zu vollziehen, und wird jeweils vom Kantonsrat daran gehindert. Die Demonstration vom letzten Montag – das waren alles Leute, die in ihrer Freizeit hierhergekommen sind – war nicht zuletzt Ausdruck der Frustration und der Verärgerung, dass den Mitarbeitenden des Kantons – und dazu zählen eben Lehrer, Assistenzärzte, Pflegepersonal, Polizisten, Sicherheitsassistenten, auch Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung, dass ihnen allen Geld vorenthalten wird, das ihnen zusteht. In der Budgetdebatte heisst es Jahr für Jahr «Wir müssen den Gürtel enger schnallen, wir müssen sparen» und Jahr für Jahr schliesst der Kanton Zürich mit einem positiven Ergebnis ab. Und Jahr für Jahr war es jeweils ein einmaliger Sondereffekt, welcher zum guten Ergebnis geführt hatte. Der Kanton hat in den vergangenen Jahren Schulden abgebaut, ist seinem Personal aber eine gesunde Lohnentwicklung schuldig geblieben.

Die EVP ist der Meinung, dass der Kanton es sich nicht länger leisten kann, sein wichtigstes Gut zu vernachlässigen. Der Kanton Zürich kann es sich leisten, seinem Personal die Löhne so anzupassen, wie es in der Personalverordnung vorgesehen ist. Aus diesem Grund wird die EVP diesen Budgetantrag unterstützen.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Drei kurze Bemerkungen: Die Grenze zwischen «Alternative News» und «Fake News» ist natürlich fließend. Wenn Sie, Frau Präsidentin der Finanzkommission, sagen, die Mehrstunden könne man grosszügig ausgleichen: Ich meine, das ist überall im privaten Arbeitsrecht so, dass man Überstunden kompen-

sieren kann oder sie ausbezahlt erhält. Das ist nichts Besonderes im öffentlichen Personalrecht, wenn der Kanton das macht.

Das Zweite, Sie haben gesagt, die Fluktuationsrate sei tief: Der Kanton hat auch relativ viele Monopolberufe. Wenn Sie bei der Kantonspolizei arbeiten, dann können Sie vielleicht noch zur Stadtpolizei wechseln oder Privatdetektiv werden. Das machen Sie aber nur, wenn Sie Streit haben mit Ihren Kollegen, denn als Privatdetektiv verdienen Sie ganz sicher weniger. Sie haben also nicht sehr viele Möglichkeiten, den Job zu wechseln. Und auch Lehrerinnen und Lehrer können das in der Regel auch nicht einfach, sie können vielleicht noch an eine Privatschule gehen. Ich weiss nicht, ob sie das machen. Sie haben also nicht viele Möglichkeiten. Dann, Herr Kutter, der UBS-Lohnmonitor ist nicht der Monitor, der die Löhne bei den Banken regelt und beinhaltet. Das ist ein breit gefächertes Lohnmonitor über die Lohnentwicklung in Zürich. Vielleicht müssten Sie sich den mal anschauen. Nur weil er von einer Grossbank kommt, beinhaltet er nicht die Löhne der Grossbanken.

Das Dritte: Frau Pflugshaupt, Sie haben gesagt, diese Demonstration vom letzten Montag sei kontraproduktiv gewesen. Das mag für Sie so sein. Ich habe letztes Jahr und auch schon vorletztes Jahr hier drin gesagt: Mich überrascht eigentlich der Sanftmut des Personals. Das Personal ist jetzt erwacht. Es ist nicht nichts, wenn alle Personalverbände, von der Gewerkschaft VPOD bis zum Kantonspolizistenverband, gemeinsam an einem Strick ziehen und gemeinsam zu einer Kundgebung aufrufen und am Morgen früh einige hundert Leute da vorne stehen. Es zeigt, dass ein Unmut besteht und dass sich der Unmut auch weiterentwickeln kann, wenn man dem Personal nicht Sorge trägt.

Deshalb bitte ich Sie, diesen Minderheitsantrag gutzuheissen.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Selbstverständlich – ich habe es ja schon in der vorherigen Debatte gesagt – soll das Staatspersonal im Kanton Zürich anständig entlohnt werden. Ich verrate Ihnen hier aber kein Geheimnis, wenn ich sage, dass dem auch so ist. Aus der Anfrage 18/2017 – Herr Bloch hat auch daraus zitiert – geht klar hervor: Der durchschnittliche Jahreslohn der kantonalen Angestellten ist 112'226 Franken. Leider habe ich die durchschnittlichen Löhne der übrigen Arbeitnehmer im Kanton Zürich nicht eruieren können, aber in der Gesamtschweiz habe ich Zahlen und diese betragen fast die Hälfte: Es sind 58'802 Franken. Das ist der Durchschnittslohn der Arbeitnehmenden. Ich möchte einfach an dieser Stelle klar betonen: Die kantonalen Angestellten haben den besten Arbeitgeber, den man sich den-

ken kann. Ich möchte die Arbeitnehmervertreter hier drin – das ist Herr Bischoff, das ist Herr Schaaf, das ist Herr Daurù – dazu aufrufen: Ermuntern Sie die Arbeitnehmer oder weisen Sie sie darauf hin, dass sie einen Super-Arbeitgeber haben. Sie sollen doch dankbar sein für diesen Super-Arbeitgeber. Und ein Vorschlag für nächstes Jahr: Dann können Sie doch mal mit Transparenten kommen, auf denen «Danke, ihr seid ein Super-Arbeitgeber» steht, das wäre ein konstruktiver Vorschlag und würde sicher einiges bewirken.

Das Staatspersonal hat gegenüber der Privatwirtschaft nach wie vor viele Vorteile, die zum Schluss führen: Das Staatspersonal ist privilegiert. Im Anschluss an die Eintretensdebatte vor einer Woche wurde ich aufgefordert, doch ein bisschen netter zum Staatspersonal zu sein und die fünfte Ferienwoche zu gewähren. Ich mache hier drin nun einen pragmatischen Vorschlag: Wir ändern den Schlüssel für die BVK auf 50/50 (*Verteilung der Arbeitnehmer- bzw. Arbeitgeberbeiträge*) und führen dafür die fünfte Ferienwoche ein. Das wäre ein Win-win-Spiel oder ein Win-win-Deal, und die kantonalen Angestellten hätten, was sie sich wünschen. Und auf der anderen Seite wäre eine Gleichstellung, eine gewisse Gleichstellung gegenüber den übrigen Arbeitnehmern gewährt. Ich denke, man kann nicht alles haben, man kann nicht den Fünfer und das Weggli und die Tochter vom Bäcker haben. Entweder sagt man «Ich habe gewisse Privilegien und verzichte auf mehr Ferien» oder man sagt «Die Ferien sind mir so viel wert, dass ich gewisse Privilegien abgebe». Ich denke einfach, wenn das Staatspersonal tatsächlich als innigsten Wunsch eine zusätzliche Ferienwoche will, dann müssen Sie Konzessionen machen. Wenn Sie Konzessionen machen, wird die EDU die Erste sein, die dem zustimmen wird.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und empfehle Ihnen, diesen KEF-Antrag und diesen Minderheitsantrag nicht zu überweisen.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau): Ich bin doch etwas erstaunt. Wir stellen hier drin Vergleiche an. Die einen so, die anderen so, einfach in die Richtung, wie es uns natürlich am besten passt, oder wie wir meinen, dass es richtig ist. Wissen wir denn tatsächlich, wie es irgendwo da draussen aussieht, wie es in der kantonalen Verwaltung aussieht, et cetera? Ich meine, gerade wir hier drin, wir wissen es vielleicht sogar am wenigsten, oder nur einige von uns wissen es, die nahe dabei sind. Ich meine auch, sie können dort unten am ersten oder von mir aus auch am zweiten Montag Transparente hochhalten, wir hier

drin ändern es nicht. Wir kommen ja seit Jahren – da müsst ihr doch auch ehrlich sein – immer mit der gleichen Diskussion in diesen Rat und ändern eigentlich sehr, sehr wenig, vielleicht auch weil die Regierung etwas zu wenig forsch dort hineingeht, und schauen wenig wirklich in die Tiefe. Doch das sollten wir vielleicht tun. Wenn ich höre – ich mache jetzt halt auch noch einen Vergleich –, dass 35 Prozent der Angestellten im Kanton weniger als 100'000 Franken verdienen, dann denke ich an die 65 Prozent, die mehr verdienen. Und wenn Sie heute auch in der Privatwirtschaft mehr als 100'000 Franken verdienen, dann sind Sie bei den Gutverdienenden zu Hause, und das müssten wir doch auch einmal anerkennen. Es ist einfach so. Wenn ich dann höre, dass man einen Gewerbebetrieb nicht mit dem Kanton vergleichen könne, dann finde ich das falsch. Auch in einem Gewerbebetrieb arbeiten Menschen, die ihre Leistung erbringen, die das Volle hineingeben. Und auch sie verzichten – die meisten wenigstens – zurzeit auf generelle Lohnerhöhungen, das müssen wir einfach auch akzeptieren, und nicht nur den Vergleich mit den ganz Grossen. Auch diese Menschen wollen zufrieden sein, und sie sind es meistens. Wir haben es auch gehört, ich finde den Vergleich noch schön: Wenn man dann sagt, der Durchschnittslohn liege irgendwo bei 112'000 Franken, und ihn dann auf 58'000 Franken herunterbricht über die ganze Schweiz. Wir sind in Zürich, wir sind nicht irgendwo im Tessin, wir sind nicht irgendwo im Jura. Das sind Vergleiche, die einfach hinken, und wir sollten damit aufhören.

Wir werden der Regierung folgen, das ist so, auch wenn wir – ich hänge es hier gleich nochmals an, ich wurde in der Pause als neuer Gewerkschafter für das Personal benannt – ganz klar zur fünften Ferienwoche stehen. Da stehen wir absolut dazu, das ist unabdingbar. Wir müssen zusammen noch die Form dafür finden und ich hoffe doch sehr, dass zukünftige Debatten hier drin nicht nur von Rechts-Links-Ideologien geprägt sind, sondern dass wir wieder vermehrt lösungsorientiert miteinander für das Personal eintreten. Da stehe ich ein dafür. Und Sie sagen es ja links wie rechts: Die Leute arbeiten gut, wir sind zufrieden, sie erbringen hervorragende Leistungen. Und wir geben sie ihnen zurück, aber es muss nicht immer nur der Lohn sein. Es gibt sicher noch den einen oder anderen Ansatz, wie wir dem Personal unsere – sag ich jetzt mal – Gunst sicher hinüberbringen können.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht): Wir haben es gehört und die Mehrheit hier drin – ausser die paar Gewerkschaftsvertreter, die ihre Position hier justifyieren müssen – ist sich einig: Das Personal in un-

serem Kanton wird gut, sogar sehr gut bezahlt. Und es arbeitet gut, sogar sehr gut. Das ist richtig so.

Aber Herr Bischoff, Mehrstunden sind keine Überstunden. Mehrstunden kann man irgendwann an einem tristen Novemberabend abspulen und dann kann man sie kompensieren. Man kann zwischen Weihnachten und Neujahr Skilaufen gehen, wie ein grosser Teil der kantonalen Verwaltung. Wer kann das in der Privatindustrie? Wer kann das? Welcher Büezer kann das? Ja, natürlich, diejenigen, die für uns jetzt die Strassen in Ordnung halten, die können das nicht. Das ist eine ganz kleine Minderheit. Und Überstunden sind angeordnet, aber das ist etwas ganz anderes, Herr Bischoff. Ich muss den Herren Schaaf und Bischoff schon sagen, noch einmal: Wenn ich hier in diesen Rat laufe und ausgepiffen werde, und Sie dann das Empfangskomitee spielen und mir am Dienstagabend dann die Gulle an den Kopf werfen, ich würde hier zu lange Voten halten, dann schauen Sie jetzt doch mal auf die letzten Tage zurück, was die Ratslinke hier gemacht hat. Die hat auch ihr Recht zu sprechen und Sie haben es auch genutzt. Aber ob das dann richtig ist, was Sie gesagt haben, das ist etwas ganz anderes, Herr Schaaf und Herr Bischoff. Und das Personal ist wach, das Personal arbeitet gut. Und das Personal, die paar Hundert da unten, das ist nicht der grosse Teil des Personals des Kantons Zürich, auch wenn 30 Kantonspolizisten und die paar Wagen da unten stehen. Herr Schaaf, es nimmt mich dann auch wunder, wie diese Kantonspolizisten angefahren sind, diese gewerkschaftlichen, vielleicht können Sie das auch noch abklären, ob die nämlich hierhergelaufen sind oder hierher gefahren sind mit ihren Dienstfahrzeugen. Ich kann es mir fast nicht vorstellen, dass sie hierhergelaufen sind. Ja, und noch einmal, gleich ist es mit dem Lehrer, der hier unten ist, und die Schule fällt aus. Ja, und dann schickt man mir noch Mails von den gewerkschaftlich organisierten Lehrern und sagt, ich müsste Namen nennen. Die Herren können ja in ihre Stundenpläne schauen und schauen, welche von ihren Kollegen in der (*Kantonsschule*) Enge die Schule verschoben haben, um hier zu demonstrieren. Und wer sind die Leidtragenden? Die Schüler. Ja, das ist Gewerkschaft, Gewerkschaft wie es nur die Gewerkschaft gibt. Und diese gewerkschaftlichen Aktionen sind ein paar Aktionen von ein paar wenigen, und Sie haben es jetzt hier dargestellt, Herr Schaaf und Herr Bischoff, und somit ist das auch gut. Sie haben Ihre 0,0 irgendetwas Prozent Mitglieder auch vertreten.

Regierungsrat Ernst Stocker: Der Regierungsrat lehnt den Antrag 15a für 1 Prozent Lohnerhöhung ab, und ich denke, er wäre auch nicht ganz durchdacht. Ich möchte Ihnen ein kleines Beispiel nennen: Eine

Mitarbeitende in der Lohnklasse 20, in der Lohnstufe 29, die 1 Prozent mehr bekäme mit einem Einkommen von 150'000 Franken, die wäre gut gefahren. Ein Mitarbeiter in der Lohnklasse 21, in der Lohnstufe 1 mit einem Jahresgehalt von 111'000 Franken würde nicht von diesem Prozent profitieren. Ich denke, da müsste man sich doch nochmals fragen, ob das mit dieser Abstufung überhaupt sinnvoll wäre. Aber ich habe es gesagt, die Regierung lehnt den Antrag ab. Ich möchte einfach nochmals festhalten: Wenn man hier sagt, Jahr für Jahr schliesse der Kanton besser ab, dann ist das in den letzten zwei Jahren der Fall gewesen. Seien wir froh, dass es so ist. Denn der mittelfristige Ausgleich dieses Kantons ist weder eine Idee des Finanzdirektors noch des Regierungsrates, das sind unsere Vorgaben, festgelegt von Ihnen. Wenn er nicht erreicht ist, müssen wir Massnahmen ergreifen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir unseren Haushalt langfristig so steuern, dass wir nicht gezwungen sind, einmal wirklich schmerzhaft Eingriffe zu machen. Deshalb tun wir gut daran, dass wir uns an diesen Leitlinien des mittelfristigen Ausgleichs halten.

Zur KEF-Erklärung betreffend die zusätzliche Ferienwoche: Auch die Regierung macht sich diese Überlegungen, das ist so. Denn wir wollen gutes Personal. Wir wollen gute Bedingungen. Aber ich glaube, es geht nur in einer Gesamtauslegeordnung zum ganzen Personalgesetz, wie es auch von einigen von Ihnen gesagt wurde. Es gibt Sachen beim kantonalen Personalgesetz, die sehr grosszügig sind. Es gibt Sachen, die nicht so grosszügig sind, beispielsweise die Ferien. Es braucht für diese Frage eine Gesamtauslegung, und ich als Personalchef sage Ihnen: Wir sind bereit, diese zu machen. Entscheiden, was dann mit dieser Gesamtauslegung gemacht wird, wird sicher der Regierungsrat, werden aber auch Sie.

Ich denke, im Moment ist die Zeit noch nicht reif, darum bitte ich Sie, diese KEF-Erklärung abzulehnen. Danke.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 15a mit 112 : 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

16kr. Antrag von Hans-Peter Amrein (am 23. Oktober 2017 im KR eingereicht):

Verbesserung: Fr. 1'000'000

Die Beiträge für Mitgliedschaften an Konkordaten, Interessenverbänden und Vereinen (vertragliche Basis und freiwillige Beiträge, siehe KR-Nr. 7/2017 und KR-Nr. 33/2015) werden um 1 Mio. Franken ge-

kürzt. Diese Ausgaben sind in den letzten Jahren unkontrolliert gewachsen. Es scheinen immer noch Doppelmitgliedschaften zu bestehen.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht): Ich beantrage Ihnen im Namen der SVP-Fraktion bei dieser Leistungsgruppe eine Verbesserung von 1 Million Franken betreffend eine nicht zugeordnete Sammelposition. Die Beiträge für Mitgliedschaften bei Konkordaten, Interessenverbänden und Vereinen auf vertraglicher Basis, aber auch auf freiwilliger Basis sollen um besagte 1 Million Franken gekürzt werden. Als Grundlage für diesen Antrag verweise ich auf die Antworten der Regierung auf die Anfragen 7/2017 und 33/2015. Und Herr Schaaf, ich muss Sie nochmals ansprechen hier: Wissen Sie, das sind genau Budgetanträge, die gemacht werden, nachdem man mittels einer Anfrage die Details erfahren und gesehen hat, dass Handlungsbedarf besteht. Das ist jetzt eben so einer.

Die kantonalen Ausgaben und Aufwendungen für Beiträge an 177 Konkordate und Interessenvereinigungen beliefen sich per 21. Dezember 2016 auf fast 10,9 Millionen Franken. Dabei handelt es sich um Interessenvereinigungen wie die Metropolitan-Konferenz – diese Mitgliedschaft kostet den Kanton jährlich rund 226'000 Franken, inklusive einer 30-Prozent-Stelle, für die Nachbarkantone vor allem – oder 197'000 Franken für das Europa-Institut der Universität Zürich. Obwohl das Europa-Institut zur Universität Zürich gehört, kommt die Volkswirtschaftsdirektion dafür mit jährlich fast 200'000 Franken aus ihrem Budget und wieder inklusive einer weiteren 30-Prozent-Stelle auf. Weitere, durch Mitgliedschaften des Kantons Begünstigte sind etwa die Jagdschiessanlage Zürich – ja, Herr Baudirektor (*Regierungspräsident Markus Kägi*), auch ich schiesse mit einem Jagdgewehr von Zeit zu Zeit, aber es ist vielleicht nicht Aufgabe des Staates, meinen privaten Schiesssport hier zu finanzieren –, der «Cercle Sol» (*Vereinigung der Bodenschutzfachleute der Kantone*), «United Against Waste», «Advance Women» und viele mehr.

Gemäss Kantonsratsnummer 7/2015 ist der Kanton Zürich nicht mehr Mitglied der Zürcher Handelskammer, ein freisinniger Think Tank, welcher im Jahr 2015 gemäss Kantonsratsnummer 33/2015 noch mit einer Doppelmitgliedschaft beglückt wurde. Ich hoffe, dem ist so und es wurde nicht vergessen in der Antwort auf die Anfrage aus diesem Jahr. Die Zürcher Handelskammer figuriert nicht mehr auf der Liste der, wie gesagt, vom Regierungsrat aufgelisteten 177 Interessenvereinigungen.

Auch die Mitgliedschaften bei Konkordaten, Interessenvereinigungen und die entsprechenden Beitragszahlungen und Zuwendungen müssen von Zeit zu Zeit hinterfragt werden und dürfen nicht Jahr für Jahr ungebremst weiter ansteigen. Und wird dies nicht getan, dann müssen halt vonseiten des budgetsetzenden Gremiums, von uns hier, entsprechende Vorgaben gemacht werden.

Ich bitte Sie, diesem Budgetantrag zu folgen und damit den Regierungsrat in die Pflicht zu nehmen, die zu vielen Mitgliedschaften und üppigen Beitragszahlungen an Konkordate und Interessenvereinigungen, schön schweizerdeutsch gesagt «dure z'strähle» und auf ein immer noch hohes, aber doch etwas angepasstes Niveau zu reduzieren. Ich danke Ihnen.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Die SP-Fraktion wird dem Antrag des Regierungsrates beziehungsweise der FIKO-Mehrheit zustimmen. Herr Hans-Peter Amrein macht in seinem Antrag geltend, dass die Ausgaben im vorliegenden Konto in den letzten Jahren unkontrolliert gewachsen seien und Doppelmitgliedschaften bestünden. Ich kann seiner Analyse nicht folgen. Es mögen wohl im Einzelfall – da hat er recht – Doppelmitgliedschaften bestehen, der Regierungsrat hat diese Doppelmitgliedschaften im Griff. Von einem unkontrollierten Wachstum zu reden, ist übertrieben und nicht zielführend.

Der Antrag ist abzulehnen.

Beat Bloch (CSP, Zürich): Wir haben es gehört, der Antragsteller verlangt eine Kürzung von 1 Million unter dieser Position und hat dazu auch zwei Anfragen eingereicht. Wir haben die Antworten zu diesen Anfragen genau studiert und kommen zum Schluss, dass sich teilweise nur schwer nachvollziehen lässt, warum gewisse Mitgliedschaften für den Kanton bei der Ausübung seiner Tätigkeiten zwingend notwendig sind. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise die Mitgliedschaft in verschiedenen Handelskammern zu erwähnen. Man ist Mitglied bei der Handelskammer Deutschland-Schweiz, bei der British Swiss Chamber, beim Russian Forum. Der Kanton ist aber offensichtlich nicht Mitglied bei der Handelskammer Schweiz-Frankreich, die ihren Sitz beispielsweise am Rennweg in Zürich hat. Unklar ist es auch, ob der Kanton Zürich Mitglied bei Economiesuisse sein muss oder beim TCS (*Touring-Club der Schweiz*), um nur zwei Mitgliedschaften zu nennen, die es zu überprüfen gilt, zumal man ja auch weiss, dass diese Organisationen mit den Mitgliederbeiträgen politische Aktionen bezahlen.

Auch im Bereich der Doppelmitgliedschaften sind Auffälligkeiten, so beispielsweise beim Verein «H+» (*Verein der Spitäler der Schweiz*). Hier sind verschiedene Verwaltungseinheiten Mitglied, mit verschiedenen finanziellen Verpflichtungen: die Direktionssekretariate mit 1500 Franken, die Kantonsapotheke mit 1000 Franken, der Verein «H+» wird von der IPW (*Integrierte Psychiatrie Winterthur-Zürcher Unterland*) mit 28'800 Franken bestückt und der Verein «H+» von der PUK (*Psychiatrische Universitätsklinik Zürich*) mit 58'026 Franken. Ob dies wirklich notwendig ist, dass alle diese Verwaltungseinheiten Mitglied sind und dann unterschiedlich viel bezahlen, sollte unserer Meinung nach geklärt sein.

Interessant ist auch, dass freiwillige Beiträge in den Jahren 2012 bis 2014 ausgerichtet wurden. So haben zum Beispiel die Zürcher Polizeihundeführer vom Justizvollzug 5000 Franken im Jahr 2014 bekommen, ein freiwilliger Beitrag, die Kantonspolizei hat in den Jahren 2012 bis 2014 je 10'000 Franken freiwillige Beiträge überwiesen. Die Schweizerische Konferenz für Gleichstellungsbeauftragte hat kleine Beträge bekommen, aber auch jeweils freiwillige Zuwendungen des Kantons, und die Korpsmusik der Kantonspolizei Zürich hat in den Jahren 2012 bis 2014 jährlich den stolzen Beitrag von 40'000 Franken erhalten. Warum solche Freiwilligenbeiträge bezahlt wurden, teilweise Jahr für Jahr in der Grössenordnung von mehreren zehntausend Franken, lässt sich aus der Antwort des Regierungsrates nicht entnehmen. Die Grüne Fraktion sieht bei diesen Mitgliederbeiträgen Handlungsbedarf, weshalb wir den Antrag unterstützen.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Lieber Herr Amrein, ich muss Sie wahnsinnig tief verletzt haben letzten Dienstagabend, anders kann ich mir nicht erklären, dass Sie mich heute schon zum dritten Mal persönlich angreifen. Ich kann damit leben, doch einen kleinen Sparantrag hätte ich doch auch an Sie: Sparen Sie sich ein «r», dann sagen Sie meinen Namen auch richtig (*gemeint ist ein Versprecher von Hans-Peter Amrein, der den Votanten mit «Herr Scharf» angesprochen hat.*)

Regierungsrat Ernst Stocker: Sie haben die Anfragen erwähnt, in denen Auskunft gegeben wurde. Seitdem überprüfen die Direktionen diese Mitgliedschaften laufend darauf, ob sie nötig sind oder nicht. Wir sind der Meinung, dass diejenigen, die wir noch haben, nötig sind. Die Regierung lehnt deshalb diesen Antrag ab.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Antrag von Hans-Peter Amrein mit 105 : 70 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

*KEF-Erklärung 15**Eine zusätzliche Ferienwoche für das Personal*

Antrag von Tobias Langenegger, Markus Bärtschiger und Robert Brunner:

Das Personal erhält eine zusätzliche Ferienwoche. Für diese Massnahme werden in der Leistungsgruppe 4950 ab 2019 jährlich zusätzlich 50 Mio. Franken Aufwand eingestellt.

	P19	P20	P21
Alt:	175.8	157.6	113.1
Neu:	125.8	107.6	63.1

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Die fünfte Ferienwoche ist überfällig. Die Zeit ist mehr als reif dafür. Die fünfte Ferienwoche ist ja auch ein Gebot der Fairness, ein Gebot der Nachhaltigkeit und schliesslich auch ein Gebot der Vernunft. Denn wir wissen, ausreichend Ferien ist ein guter Garant für eine gesunde Lebensweise, für gute Gesundheit, Belastbarkeit und auch Produktivität. Studien zeigen, dass für eine langfristig gute Leistung und Lebensqualität mehrmals im Jahr Ferien nötig sind, und auch einmal länger als nur ein bis zwei Wochen. Wer also nur vier Wochen Ferien hat, der läuft in ein Problem. Ich bin froh, dass sich die Erkenntnis nun langsam auch in der Regierung durchsetzt, und freue mich darauf, dass es irgendwann möglich sein kann. Denn die kantonale Verwaltung befindet sich hinsichtlich Attraktivität als Arbeitgeberin auf einem Krebsgang. Auch wenn es nicht um konkrete Verschlechterungen der Bedingungen geht, andere Firmen und Gemeinden machen vorwärts, der Kanton bleibt stehen und rutscht immer mehr ab. Sei es Vaterschaftsurlaub, Wochenarbeitszeit oder eben die Ferienregelung, immer mehr wird die Kantonsverwaltung überholt und gerät ins Hintertreffen. Ja, unser Arbeitsmarkt steuert in vielen Berufen auf einen Arbeitnehmermarkt zu. Sie wissen, dass die Zuwanderung von Fachkräften in letzter Zeit stark abgenommen hat und sich viele Firmen Sorgen machen, ob sie künftig ihre Fachkräfte noch finden werden. Diese Sorgen muss sich zunehmend auch die kantonale Verwaltung machen. Arbeitnehmermarkt heisst, dass sich Arbeitgeber und Kandidatinnen und Kandidaten bewerben müssen – und nicht umgekehrt. Wenn wir für die Verwaltung und die Betriebe

gute Fachkräfte finden und dann auch halten wollen, müssen wir für konkurrenzfähige Anstellungsbedingungen sorgen, und dazu gehören dann auch einmal fünf Wochen Ferien im Minimum.

Bitte unterstützen Sie diese KEF-Erklärung.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Ich bin vielleicht auch etwas altmodisch, wenn ich da Antrag um Antrag kommentiere, aber ich mache es. Ich möchte hier grundsätzlich zu Protokoll geben: Ich bin überzeugt, dass der Kanton Zürich nach wie vor ein konkurrenzfähiges Paket bietet. Und es ist auch nicht richtig, wenn man die kantonale Verwaltung nur mit anderen Grossfirmen vergleicht, da schliesse ich mich Marcel Lenggenhager an. Sie könnten ja einmal den Kanton Zürich mit anderen Kantonen oder auch mit den Gemeinden im Kanton Zürich vergleichen, und da ist der Kanton Zürich als Arbeitgeber sehr konkurrenzfähig, zum Beispiel auch bei den von Herrn Bischoff erwähnten Polizisten. Es ist ja nicht so, Herr Bischoff, dass die Kantonspolizisten nicht wechseln könnten, nein, sie wollen natürlich nicht weg vom Kanton. Jetzt können Sie raten, wieso. Erstens weil es das beste Korps der Schweiz ist und zweitens, weil sie nirgendwo so gut verdienen wie hier. Das ist eine Kenntnis, die ich aus meiner früheren Zeit als Polizeivorsteher der Gemeinde Wädenswil mitgenommen habe. Darum komme ich auch zum Schluss, dass der Kanton Zürich weiterhin gut dasteht.

Die Ferienwoche lehnen wir zum heutigen Zeitpunkt ab. Wir könnten uns gut vorstellen, dass wir über die Rahmenbedingungen, die der Kanton Zürich als Arbeitgeber bietet, einmal diskutieren, aber wir möchten das dann doch gerne auch so machen, wie es der Finanzdirektor gesagt hat: im Sinne einer Auslegeordnung. Es wäre dann wirklich zu diskutieren, wo genau der Mangel besteht und wo wir ansetzen müssen, um die Attraktivität zu erhöhen. Denn da gibt es ja verschiedene Stellschrauben, an denen man drehen kann: Man könnte mehr Geld für die individuellen Lohnerhöhungen zur Verfügung stellen, dann gibt es das Anliegen des Vaterschaftsurlaubs, dann gibt es das Anliegen der Ferienwoche. Und dann müssen wir uns auch bewusst sein: Alles wird vermutlich nicht gehen, und schon gar nicht alles gleichzeitig.

Also wir lehnen die KEF-Erklärung ab, verschliessen uns aber nicht einer Diskussion und einer Auslegeordnung. Besten Dank.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Herr Kutter, seit Ueli Maurer (*Bundesrat*) einmal gesagt hat, die Schweiz habe die beste Armee der Welt,

bin ich vorsichtig mit solchen Diskussionen, wer jetzt das beste Polizeikorps hat. Ich halte mich da lieber an die Fakten, und bezüglich der Ferienwoche gibt es ja ein umfangreiches statistisches Material. Da schauen wir doch zuerst einmal im Kanton Zürich, welche Gemeinden und Städte eine fünfte Ferienwoche haben, zum Beispiel die Stadt Illnau-Effretikon, Adliswil, Dübendorf, die Gemeinde Richterswil hat eine fünfte Ferienwoche, die Stadt Kloten. Am 25. September 2017 hat die Gemeindeversammlung von Pfäffikon der fünften Ferienwoche zugestimmt und am 14. November 2017 das Stadtparlament von Uster. Und wie mir der Stadtpräsident von Wädenswil (*Philipp Kutter*) gesagt hat, soll auch die Stadt Wädenswil die fünfte Ferienwoche kennen; dies einfach zur Information, wo im Kanton Zürich überall die fünfte Ferienwoche gilt. Und in der Schweiz hat das Bundesamt für Statistik sehr ausführliche Ferienstatistiken gemacht, wie viele Tage Ferien die Leute beziehen. Es ist so, dass gemäss dem Bundesamt für Statistik – ich gehe davon aus, dass das keine alternativen Fakten sind, sondern erhärtete Fakten – 40 Prozent der Arbeitnehmenden im Alter zwischen 20 und 49 haben vier bis fünf Wochen Ferien, 51 Prozent haben zwischen fünf und sechs Wochen und 9 Prozent über sechs Wochen. Da ist im Alter von 20 bis 49, bei 50 bis 64 ist es natürlich viel besser. Und jetzt kommt der Durchschnitt, wie viele Ferienwochen die Leute zwischen 20 und 49 haben: 2016 waren das 4,94 Wochen, das heisst: Fast fünf Wochen Ferien haben im Schnitt die 20- bis 49-Jährigen. Bei den unter 20-Jährigen ist es höher und bei den über 50-Jährigen natürlich auch. Also mit anderen Worten: Wenn wir die fünfte Ferienwoche im Kanton Zürich für die 20- bis 50-Jährigen einführen würden, wären wir genau im ganz langweiligen Durchschnitt und nichts anderes.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau): Ich habe vorher gehört, wir bewegten uns im Personalbereich im Krebsgang et cetera, wir seien nicht konkurrenzfähig. Ich denke, das ist sicher ein falscher Ansatz. Und wenn ich dann höre, dass noch der Vaterschaftsurlaub und dies und jenes noch fehle – liebe linke Seite, steht doch jetzt zusammen, steht ein für die fünfte Ferienwoche, lasst das andere einmal etwas ruhen und auf der Seite. Und dann machen wir Schritt um Schritt, und ich bin überzeugt, dass, wenn der Regierungsrat wirklich die Auslegeordnung machen will, dann auch die rechte Ratsseite durchaus bereit ist, unter diesen Umständen diese fünfte Ferienwoche zu bringen. Denn sie bringt dann endlich allen Angestellten etwas. Ich sage mal nichts wegen des Vaterschaftsurlaubs, aber diejenigen, die Vater sind und es nicht mehr sein werden, haben den Vaterschaftsurlaub gesehen.

Aber es wäre wenigstens das, von dem alle diese 4000 Mitarbeiter etwas haben. Aus den Voten unseres Finanzdirektors vorhin, als er sagte «Wir sind bereit, die Auslegeordnung zu machen, aber...», bin ich nicht ganz schlau geworden. Ich weiss nicht, ob ich ihn richtig verstanden habe, dass er quasi sagt «aber wir sind noch nicht bereit dazu». Ich möchte Sie auffordern, uns diese Auslegeordnung vorzulegen. Ich glaube auch, dieses Parlament wird das vernünftig diskutieren und dann über alle Dinge sprechen können. Aber wir brauchen es, wir können es sicher nicht allein anstossen. Und wir können es nicht in Einzelforderungen herüberbringen, denn dann – entschuldigen Sie den Ausdruck – ersäuft der eine oder andere Antrag jedes Mal.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Ich möchte an dem anknüpfen, was Kollege Lenggenhager gesagt hat: Der Regierungsrat hat angetönt, dass er bereit ist, darüber nachzudenken. Er ist aber den zweiten Teil des Satzes tatsächlich schuldig geblieben. Was fehlt denn noch, damit es nicht nur beim Denken bleibt? Ich hoffe, es ist nicht das Jahr 2019, das als Wahljahr zuerst über die Bühne gehen muss, bevor man sich diesem Thema stellt. Und vielleicht könnten wir ja, wenn wir diese KEF-Erklärung mit einer deutlichen Mehrheit unterstützen, ihm die nötigen Grundlagen, den nötigen Anstoss geben, sich mit diesem Thema im Regierungsrat und dann auch hier ernsthaft auseinanderzusetzen. Ich denke, das Personal des Kantons Zürich hat es verdient.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Was wollen wir denn noch Auslegeordnungen machen? Das ist doch nur die billige Ausrede, die Sie seit Jahren haben. Wir hören immer «Wir machen eine Auslegeordnung, wir überlegen uns das, wir sind gesprächsbereit – selbstverständlich». Wir müssen nicht reden, wir müssen handeln. Es braucht eine fünfte Ferienwoche – Punkt. Reden Sie einmal mit den Spitälern. Wir hören jedes Jahr in der ABG (*Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit*), sie seien nicht konkurrenzfähig im Personalmarkt, weil sie diese Ferienwoche nicht anbieten können. Das hören wir auch seit Jahren. Nur bei Ihnen, da wird jetzt diskutiert und geredet – und vielleicht und dann und irgendwann einmal hat vielleicht unser Finanzdirektor eine Idee, die er dann noch 20 Jahre lang an Sie verkaufen muss. Es ist Zeit, jetzt etwas zu tun.

Michael Welz (EDU, Oberembrach): Nein, ich sage Ihnen: Das braucht es nicht. Ich habe keine zwei Wochen Ferien im Jahr und habe einen Sechseinhalb-Tage-Job. Es braucht sie nicht. Wer bezahlt die

Zeche? Die Dienstleistungen für den Bürger werden einfach teurer, das müssen wir sehen, gerade im Spitalbereich. Man spricht immer von Krankenkassenprämien, die steigen, und so weiter, und genau dasselbe ist es beim Personal des Kantons. Wenn alles, was man beim Kanton einreichen muss, nachher einfach viel, viel teurer wird, das können wir gegenüber den Bürgern auch nicht verantworten.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Mir wurde von Herrn Kägi (*Regierungspräsident Markus Kägi*) angeboten, ich könne einen Monat lang bei ihm arbeiten, daran habe ich mich erinnert. Bloss, jetzt sind wir bei den Ferienwochen, und ich muss sagen: Wenn ich persönlich als Arbeitnehmer schaue, was mir wichtig ist, dann komme ich bei den Ferienwochen an. Dann vergleiche ich: Wie viele Ferien habe ich heute? Ich habe fünf Wochen, damit bin ich im Durchschnitt. Damit habe ich nicht zu viele Ferien. Und wenn jemand eine Stelle sucht, dann kommt er, je nachdem, wie viel ihm Ferien im Vergleich zu den Finanzen wert sind, zum Schluss: Hey, da bin ich ferienmässig unterbezahlt. Und das ist eine Realität, der Sie hier auch in die Augen sehen müssen. Solche Sachen sehen viele Leute, und mit diesen Sachen haben Sie auf dem Arbeitsmarkt auch zu kämpfen. Wenn ich sonst noch schaue – es wurde vorher schon aufgezählt, Herr Bischoff hat es gesagt –, was überall von den öffentlichen Verwaltungen angeboten wird. Da sind fünf Wochen die Regel, auch Winterthur bekommt fünf Wochen. Und wenn ich jetzt schaue, wer sonst noch so im Rat ist, wer eine Firma beziehungsweise eine grosse Firma hat, ich habe jetzt spontan einmal bei der FDP geschaut: Bei der UBS (*Schweizer Grossbank*) sind es fünf Wochen, bei der Firma Geistlich (*Schweizer Unternehmensgruppe der chemischen Industrie*) auch fünf Wochen. Bloss hier tun Sie so knauserig. Hier machen Sie einen Klassenkampf von oben. Dies ist nicht fair. Es ist nicht fair für die staatlichen Angestellten.

Gönnen Sie ihnen die fünfte Ferienwoche, tun Sie nicht knauserig, nehmen Sie diesen Antrag an.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Ich habe bei der Diskussion manchmal das Gefühl, wir diskutieren etwas an einem sehr entscheidenden Punkt vorbei. Es ist nämlich nicht nur einfach Goodwill des Arbeitgebers, fünf Wochen Ferien zu geben. Die meisten Arbeitgeber gewähren das und haben sich das sehr wohl überlegt, denn es ist schlicht und ergreifend in ihrem Interesse. Einerseits gibt es viele Spitäler, die nicht dem kantonalen Personalgesetz unterstellt sind, sie gewähren dies. Einer-

seits ist man sicher attraktiver als Arbeitgeber, aber es wäre auch aus egoistischen Motiven sinnvoll. Sie können sagen, wenn es das Bundesgesetz erlauben würde, dass es das Beste wäre, man würde alle Ferienwochen streichen. Aber das ist nicht im Eigeninteresse, dann hätte man einfach unproduktive Mitarbeiter. Denn es ist notwendig, dass es immer wieder einmal gewisse Erholungszeiträume gibt. Und mit fünf Wochen haben Sie am Schluss Arbeitnehmer, die besser arbeiten, als mit vier Wochen. Also denken Sie daran, wenn Sie den Knopf drücken: Es geht eigentlich um unser Interesse, darum, dass wir ein fittes Staatspersonal haben, und das bedeutet, dass es genügend Ferien gehabt hat. Es ist also keine Grosszügigkeit von uns, sondern es ist pure Vernunft.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Wenn ich jetzt den jungen Herrn von der AL höre, dann kommt es mir so herüber: «Ich suche meinen Job, wo ich möglichst viele Ferien habe.» Solche Mitarbeiter möchte ich beim Kanton nicht sehen und solche Mitarbeiter gibt es auch nicht viele beim Kanton, davon bin ich überzeugt. Aber Manuel Sahli, sag mir doch bitte mal, wer an diesen Weihnachten/Neujahr einfach den Laden zumachen kann in der Privatwirtschaft? Wer kann das? Niemand. (*Widerspruch von der linken Ratsseite.*) Ja, natürlich, der Obstbauer (*gemeint ist Robert Brunner*), der hat momentan nichts zu schneiden, und der Schnaps ist auch schon drin im Fässchen, das ist richtig. Und die Universität hat auch frei, Herr Neukom (*Martin Neukom*), Wissenschaftlicher Mitarbeiter irgendwo, das ist richtig. Aber man sucht sich doch den Job nicht nach den Ferien aus. Das tut man nicht. Und der Finanzdirektor hat es vorhin klar gesagt und da gibt es auch nichts mehr dazu zu sagen.

Theresia Weber (SVP, Uetikon a. S.): Ich muss sagen, ich verstehe Sie nicht. Sie loben jetzt die Privatwirtschaft in den Himmel. Und bei jeder Privatisierung, die wir nur ansatzweise fordern wollen, sind Sie alle, alle total dagegen. Ich freue mich auf die nächste Vorlage, wenn Sie auch im Pro-Komitee sind.

Manuel Sahli (AL, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Ich will gerne noch schnell Herrn Amrein antworten. Wir bei der Swisscom (*Schweizer Telekommunikationsunternehmen*), selbst wenn wir zwischen Weihnachten und Neujahr arbeiten würden, selbst dann hätten wir kaum Arbeit. Schon diese Woche merken wir, dass es viel weniger Arbeit gibt. Warum? Sehr viele Betriebe sind schon in den Ferien.

Die Arbeiter sind weg, weil es weniger Arbeit gibt und weil es schon Betriebsferien gibt. Es ist nicht so, dass es nur der Kanton hat, dass ein paar Mitarbeiter weg sind. Das ist auch in der Privatwirtschaft eine Realität.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Herr Amrein, weder schneide ich Bäume noch produzieren wir Spirituosen. Aber in meiner Branche – es ist die Lebensmittelbranche – ist es absolut üblich, dass man zwischen Weihnachten und Neujahr Betriebsferien macht. Es gibt auch Kunden von uns, die während der Sommerferien Betriebsferien machen, das ist nichts Ungewöhnliches.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Die Swisscom ist ein Staatsbetrieb und ich gönne es jedem, der bei der Swisscom arbeitet und über Weihnachten und Neujahr frei machen kann, aber es ist auch ein Staatsbetrieb, Manuel Sahli.

Regierungsrat Ernst Stocker: Ich habe gesagt, wir schauen das an, ohne Wenn und Aber, aber ich habe gesagt, wir lehnen die KEF-Erklärung ab. Und ich muss Ihnen schon sagen, wenn Sie jetzt sagen, es sei jetzt reif, wir müssten es machen: Wir haben jetzt vier Tage lang über Zahlen gestritten. Sie wollen nicht einmal wissen, was das kostet oder was es nicht kostet. Ich bin Finanzdirektor. Und ich staune auch, hier redet man von Ruhezeit, und Sie debattieren heute auch wieder bis zehn Uhr, wenn es so weitergeht (*Heiterkeit, Applaus*). Ich bin ja für Sie nicht verantwortlich, aber halten Sie Ihre Gesundheit in Ordnung. Zur Auslegeordnung: Wir haben eine Gleitzeit. Jemand kann mit dieser Gleitzeit zusätzlich drei Wochen Ferien beziehen. Wo haben Sie das in der Privatwirtschaft? Wir können nicht fünf Wochen Ferien geben und diese Gleitzeit auch noch. Einerseits verlangen Sie, dass wir die Aufgaben effizienter und schneller erfüllen müssen, aber wir können einfach nicht alles haben. Man kann nicht immer «Privatwirtschaft, Privatwirtschaft» sagen. Wie ist es denn mit dem Kündigungsschutz? Wollen Sie den von der Privatwirtschaft oder von der öffentlichen Hand? Was ist mit der ganzen Bildungsdirektion? Haben die jetzt schon fünf Wochen Ferien oder nicht? Diese Fragen möchte ich auf den Tisch legen, mit Ihnen diskutieren, und dann gibt es einen Entscheid. Dazu stehe ich.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 15 mit 109 : 66 (bei 0 Enthaltungen) ab.

Ratspräsidentin Karin Egli: Wir sind somit am Ende mit der Leistungsgruppe 4950.

Konsolidierungskreis 3

Leistungsgruppe 9300, Verkehrsverbund

Ratspräsidentin Karin Egli: Der Minderheitsantrag und die KEF-Erklärung wurden zurückgezogen.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)

Leistungsgruppe 9200, Arbeitslosenkasse

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Karin Egli: Somit sind wir am Schluss. Unter Berücksichtigung der vom Kantonsrat beschlossenen Änderungen ergeben sich im Budget 2018 gesamthaft in der Erfolgsrechnung ein Ertragsüberschuss von 129'677'386 Franken, in der Investitionsrechnung Investitionsausgaben von 1'037'447'250 Franken. Die Leistungsindikatoren mit Zielwerten stimmen mit dem Entwurf des Regierungsrates überein. Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung der Arbeitslosenkasse entsprechen dem Entwurf des Regierungsrates.

Somit kommen wir zur Beratung des Steuerfusses, die Vorlage 5383a. Hier liegt neben dem Antrag der FIKO noch ein Antrag der SVP-Fraktion über einen Steuerfuss von 98 Prozent vor. Der Minderheitsantrag auf Ablehnung des Steuerfusses wurde zurückgezogen.

Beatrix Frey (FDP, Meilen), Präsidentin der FIKO: Zuerst einmal ganz herzlichen Dank, dass Sie sämtlichen Anträgen der Finanzkommission zugestimmt und das Budget in unserem Sinne verabschiedet haben. Zusammen mit dem KEF hat der Regierungsrat dem Kantonsrat den Antrag für die Festlegung des Steuerfusses für die Jahre 2018

und 2019 vorgelegt. Der Regierungsrat beantragt einen gleichbleibenden Steuerfuss von 100 Prozent der einfachen Staatssteuer. Aus standortpolitischen und aus wirtschaftspolitischen Überlegungen soll auf eine Steuerfussanpassung verzichtet werden. Gerade im Hinblick auf die Steuervorlage 17 (*SV 17*) ist es wichtig, den hier ansässigen Unternehmen Stabilität und Sicherheit zu signalisieren. Eine Senkung des Steuerfusses würde dem Kanton Zürich jenen minimalen Spielraum nehmen, den er im Hinblick auf die Umsetzung der Steuervorlage 17 des Bundes benötigt. Deren Umsetzung stellt den Kanton Zürich mit seiner Zusammensetzung der Unternehmenssteuern und mit dem anhaltenden Bevölkerungswachstum vor eine grosse Herausforderung.

Eine Mehrheit der Finanzkommission schliesst sich der Haltung des Regierungsrates an und unterstützt den entsprechenden Antrag auf Beibehaltung des Steuerfusses von 100 Prozent.

Eine Minderheit der Finanzkommission lehnt die Steuerfussfestsetzung auf 100 Prozent ab und hat stattdessen im Kantonsrat eine Reduktion des Steuerfusses auf 98 Prozent beantragt. Die Minderheit ist der Ansicht, dass mit einer Senkung des Steuerfusses die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich gegenüber anderen Kantonen sichergestellt werden kann. Zudem möchte sie einen Teil der Gewinne der Schweizerischen Nationalbank, welche dem Kanton in Form von jährlichen Ausschüttungen zufließen, via Steuern an die Bevölkerung zurückgeben.

Letzteres ist aus Sicht der FIKO-Mehrheit nicht sinnvoll. Die Schweizerische Nationalbank (*SNB*) ist als unabhängige Zentralbank verantwortlich für die Geld- und Währungspolitik unseres Landes. Sie muss sich gemäss Verfassung und Gesetz vom Gesamtinteresse des Landes leiten lassen und hat als vorrangiges Ziel, die Preisstabilität zu gewährleisten. Sie setzt damit eine grundlegende Rahmenbedingung für die Entwicklung unserer Wirtschaft. Anders als bei einer Geschäftsbank gehört es nicht zu den primären Zielen einer Zentralbank, für ihre Eigentümer eine angemessene Eigenkapitalrendite zu erwirtschaften. Wenn die Tätigkeit der SNB zu Geschäftsergebnissen führt, die eine Gewinnausschüttung erlauben, dann ist es schön. Mit einer regelmässigen Gewinnausschüttung darf aber nicht gerechnet werden. Und um keine Anreize zu schaffen, den zentralen Auftrag der SNB zugunsten kurzfristiger Gewinnoptimierungen aus den Augen zu verlieren, sollten allfällige Gewinnausschüttungen der SNB deshalb weder zur Finanzierung von laufenden Staatsausgaben noch für Steuer-senkungen verwendet werden, sondern zum Abbau von Schulden. Und im Übrigen, mit Verlaub, ist eine Verteilung von SNB-

Gewinnen, also von Volksvermögen nach Steuerkraft, auch nicht wirklich eine volksfreundliche Lösung.

In Namen der FIKO-Mehrheit bitte ich Sie, dem Antrag auf Beibehaltung des Steuerfusses bei 100 Prozent zuzustimmen.

Antrag der SVP-Fraktion:

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2018 und 2019 wird auf 98% der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Roger Liebi (SVP, Zürich): Die SVP beantragt Ihnen eine Steuerfuss-senkung um 2 Prozentpunkte. Gemäss dem Ressourcenindex NFA (*Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen*) hat Zürich in zehn Jahren NFA 6,1 Prozent verloren. Zum Vergleich: Der Kanton Schwyz hat in dieser Zeit um 48 Prozent, Obwalden um 35,1 Prozent zugelegt. Lediglich Basellandschaft mit 7,3 Prozent verzeichnet einen noch stärkeren Rückgang als Zürich. Der Index gibt direkt Aufschluss über die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eines Kantons im Vergleich zum Schweizer Durchschnitt. Der starke und dynamische Kanton Zürich hat dabei rund 6 Prozent verloren. «Das macht mir Sorgen und muss zu denken geben», das sind die Worte unseres sehr geschätzten Regierungsrates Ernst Stocker. Der Kanton Zürich gerät punkto Steuern und Wirtschaftskraft zunehmend in Konkurrenz, und das nicht nur gegenüber Schwyz und Zug. Auch vom Ausland kommt steuerlicher Druck; nicht etwa, weil unsere Steuern zu tief wären, sondern weil dort selbst Steuern massiv gesenkt werden, jüngstes Beispiel sind die USA. Aber es würde an dieser Stelle zu weit führen, die Implikationen auf jeden Einzelnen im Kanton Zürich darzulegen. Das werden wir dann sicher in der WAK noch tun.

Wir wollen uns nicht nur Sorgen machen und immer wieder darüber nachdenken. Wir wollen und können nicht warten, bis die Steuerinitiativen der JUSO und des Jungfreisinns dann allenfalls angenommen oder abgelehnt werden. Wir wollen jetzt Taten, Taten auch, die in unserer Kompetenz stehen. Das können wir mit umso besserem Gewissen, als dass der Kanton Zürich 2018 zu 99,8 Prozent von der Sonderausschüttung der SNB profitieren kann – und ich betone, Beatrix Frey: von der Sonderausschüttung der SNB profitieren kann. Diese ist nämlich nicht im Budget eingestellt. Die Gewinnausschüttung der SNB ist in zwei Teile aufgeteilt: Einerseits gehen Dividenden an die Aktionäre, andererseits gehen Teile der Ausschüttungsreserve zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Dritteln an die Kantone. Bei den

Kantonen gilt die Formel «Gesamtausschüttung dividiert durch die Gesamteinwohnerzahl der Schweiz, multipliziert mit der Gesamteinwohnerzahl des Kantons». Und bis zu einer Ausschüttungsreserve von 20 Milliarden Franken wird entsprechend 1 Milliarde Franken an Bund und Kantone ausgeschüttet. Das ist das, was im Budget berücksichtigt ist. Seit 2016 gilt, dass falls die Ausschüttungsreserve der SNB über 20 Milliarden Franken liegt, maximal nochmals 1 Milliarde Franken ausgeschüttet wird. Das wäre jetzt aktuell der Fall, denn die SNB-Ausschüttungsreserve liegt bei 34 Milliarden Franken und dürfte heute sogar noch etwas höher sein. Das waren die Zahlen vom 30. September 2017. Das bedeutet, dass dem Kanton zusätzliche 116 Millionen Franken, also eben fast genau 2 Steuerprozent ausgeschüttet werden. Sie haben – und ich betone: jetzt – die Chance, den Menschen mehr fürs Leben zu geben und einen Teil der Rahmenbedingungen der Unternehmen zu verbessern.

Stimmen Sie unserem Antrag auf Senkung des Steuerfusses um 2 Prozentpunkte zu.

Tobias Langenegger (SP, Zürich): Ich halte mich kurz, denn das meiste habe ich bereits in meinem Eintretensvotum vor einer Woche gesagt. Ich werde Ihnen auch ersparen, nochmals die identischen Rechnungen, wie es jetzt Roger Liebi gerade gemacht hat, nochmals das Gleiche vorzurechnen, ich habe schon noch etwas Neues.

Erstens: Für die Sozialdemokratische Fraktion ist es eine masslose Frechheit, dass nur ein Jahr nach einem Sparpaket, nachdem von diesem noch nicht einmal alle Vorlagen im Rat behandelt wurden, schon die Steuern gesenkt werden sollen. Mit den Kantonsfinanzen ist es halt so eine Sache: Je nach Befindlichkeit sieht man das Glas halbvoll oder halbleer. Und diese Sicht der Dinge oder des Glases kann sich anscheinend bei der SVP relativ rasch ändern. So kann man sich ein Jahr nach Lül6 (*Leistungsüberprüfung 2016*) ein Loch von 520 Millionen Franken im KEF leisten. Und hören Sie auf zu sagen, es handle sich nur um 260 Millionen Franken. Wir wissen alle ganz genau, wenn wir zurückblicken auf den Steuerfuss von 100 Prozent in diesem Kanton, dass dieser Steuerfuss praktisch nie mehr korrigiert wird, wenn er einmal angepasst ist. Die letzte Steuerfussanpassung ist mehr als 16 Jahre her.

Zweitens: Wenn Sie jetzt dem Kanton diese 520 Millionen Franken budgetierte Einnahmen wegnehmen, muss dieser sich mit dem nächsten Sparpaket beschäftigen. Sie bringen ohne Not eine weitere enorme Unruhe in den Staatshaushalt, und das jetzt; jetzt wo der Moment wä-

re, dass der Kanton Stabilität braucht für die nächsten Herausforderungen. Die Krankenkassenprämien – ich habe es das letzte Mal gesagt – steigen ständig, beim ÖV braucht es Investitionen, im Sozialen, bei der Bildung, beim Naturschutz und – nicht ganz unbedeutend – für die Steuervorlage 17. Aber Sie wollen lieber jetzt den ganzen Spielraum sofort wieder «verhauen».

Und dann, drittens, Roger Liebi, lieber Präsident der WAK (*Kommission für Wirtschaft und Abgaben*), du hast ja letzten Montag gesagt, alle hier drin, wir alle wollten die Steuern senken. Du verstehst deshalb nicht, wieso wir euren Antrag nicht unterstützen. Es stimmt schon, sowohl die JUSO als auch die Junge FDP haben eine Vorlage zu Steuersenkungen eingereicht, die sogenannte Entlastungsinitiative und die sogenannte Mittelstandsinitiative. Sie wissen aber auch ganz genau, was die finanziellen Konsequenzen der beiden Vorlagen für den Kanton sind. Ich zitiere Ihnen jetzt rasch aus der Vorlage 5388, der Entlastungsinitiative: «Ausgehend von der für das Budget 2017 geschätzten Einkommenssteuern, entsprächen diese Mehreinnahmen einem Betrag von rund 200 Millionen Franken.» Der Vollständigkeit halber noch die entsprechende Passage in der Vorlage 5404, der Mittelstandsinitiative: «Ausgehend von der für das Budget 2017 geschätzten Einkommenssteuern, entsprächen diese Mindereinnahmen einem Betrag von rund 350 Millionen Franken.» Nein, Herr Liebi, wir wollen definitiv nicht das Gleiche.

Ihr Argument betreffend die SNB werde ich hier nicht weiter erläutern, weil ich finde, dass die Präsidentin der Finanzkommission das ganz hervorragend gemacht hat.

Ich fasse zusammen: Dieser Steuersenkungsantrag ist völlig deplatziert. Wir brauchen jetzt Spielraum für künftige Herausforderungen und nicht ein neues Sparpaket. Aus genannten Gründen lehnt die Sozialdemokratische Partei den Steuerfussantrag der SVP entschieden ab. Wir werden den Antrag des Regierungsrates auf 100 Prozent unterstützen und bitten Sie, es uns gleichzutun. Vielen Dank.

Peter Vollenweider (FDP, Stäfa): Die FDP möchte zur Sicherung des Steuersubstrates das Steuersystem gezielt verbessern. Bei den natürlichen Personen begünstigt das kantonale System im interkantonalen Vergleich mittlere Einkommen. Handlungsbedarf besteht bei den tiefen und hohen Einkommen. Dort setzt auch die Mittelstandsinitiative an, welche zusätzlich den Mittelstand weiter entlasten wird, was im Resultat einer Steuerfussenkung nahekommt. Im Weiteren müssen wir auch die Vermögenssteuersätze attraktiver gestalten, beziehungs-

weise reduzieren. Damit soll Steuersubstrat im Kanton gehalten und mittelfristig auch vergrössert werden können. Deshalb haben wir am letzten Montag zusammen mit der SVP und CVP eine entsprechende PI (KR-Nr. 339/2017) eingereicht. Gleichzeitig besteht auch bei der Besteuerung von Unternehmen ein grosser Handlungsbedarf im Zusammenhang mit der kantonalen Umsetzung der Steuervorlage 17. Der Kanton braucht finanziellen Spielraum, damit die Folgen der SV 17 abgedeckt werden können. Hier haben wir eine steuerpolitische Verantwortung, welche über eine zweijährige Steuerfussperiode hinausgeht. Wir sind überzeugt, dass mit gezielten Massnahmen für natürliche und juristische Personen das Steuersubstrat im Kanton mittelfristig erhöht werden kann. Gelingt dies, ist die Finanzierung von Infrastruktur und Staatsaufgaben gesichert und es besteht Potenzial für zukünftige Steuerfussenkungen. Dies ist für uns der Weg, denn der Steuerfuss ist nur eine, wenn auch eine wichtige Komponente bei der Beurteilung der steuerlichen Attraktivität. Bekanntlich liegt der Steuerfuss seit 2003 stabil bei 100 Prozent. Stabilität gewährleistet Planbarkeit für Unternehmen. Daran ändert auch der in Aussicht stehende zusätzliche Geldsegen der SVP – der SNB – nichts (*Heiterkeit*). Ja, vielleicht könntet ihr, genau. Dessen Höhe ist variabel und einmalig. Wenn der Steuerfuss bei einem Gewinn der SNB gesenkt werden soll, was müsste dann bei Verlusten geschehen?

Wir sind der Meinung, ein solcher einmaliger Zusatzertrag sollte entweder zum Schuldenabbau oder zur punktuellen Verbesserung des Steuersystems verwendet werden. Eine Steuerfussenkung erachten wir für die kommenden zwei Jahre als nicht zielführend, insbesondere vor dem Hintergrund der Ausgestaltung und der unklaren Folgen der SV 17. Wir stimmen einem Steuerfuss von 100 Prozent zu.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur): Ich habe es bereits bei meinen Ausführungen in der Eintretensdebatte angekündigt: Dem Kanton Zürich geht es gut, und wir sehen auch die Handlungsspielräume in Bezug auf den Steuerfuss. Aber wir möchten diese Handlungsspielräume gezielt einsetzen. Wir von den Grünliberalen sind der Meinung, der Finanzdirektor mache seinen Job bis jetzt gut, aber die Nagelprobe wird die Steuervorlage 17 sein. Denn das ist eine Vorlage, die über das alltägliche Geschäft hinausgeht. Es ist eine Vorlage, die unsere Rahmenbedingungen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Kanton Zürich, grundsätzlich für die Zukunft regelt. Vor diesem Hintergrund ist auch klar, dass dieser Antrag der SVP einmal mehr – man muss es leider sagen – wirtschaftsfeindlich ist. Er ist insofern wirtschaftsfeindlich, weil er den Handlungsspielraum, den wir dringend

für die Steuervorlage benötigen, leichtfertig verbraucht. Hier wird das Pulver unnötig verschossen. Und wenn Sie es nicht glauben, dann sollte Ihnen zumindest die Tatsache zu denken geben, dass auch die CVP und ja sogar Ihr Bündnispartner FDP dies ebenso sehen.

Wir von den Grünliberalen sind klar der Meinung: Wir brauchen diese Manövriermasse, wir brauchen sie für die Steuerreform beziehungsweise für die Steuervorlage 17. Wir möchten im Vorfeld davon eine klare und stabile Fiskalpolitik haben. Das heisst, wir möchten jetzt nicht 2 Prozent runter, damit wir dann zwei Jahre später für die Umsetzung der Steuervorlage wieder 2 Prozent hochmüssen. Die Grünliberalen werden sich klar für die Beibehaltung des Steuersatzes für die nächsten zwei Jahre aussprechen.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Wir haben die Ausführungen des Finanzdirektors zum Steuerfuss als vernünftig erachtet, wir werden den Antrag unterstützen.

Zum Antrag der SVP: Wir kennen den Antrag des Regierungsrates schon eine ganze Weile. Es war der SVP-Deputation nicht möglich, innerhalb der Beratung in der FIKO fristgerecht einen Antrag einzureichen. Das Argument mit der Nationalbank habe ich in der Budgetdebatte zum ersten Mal gehört. Es ist also schon erstaunlich, wie Sie Ihre Argumente hier zusammenflicken müssen, damit sie einigermaßen irgendwo eine Argumentation zusammenbringen.

Jetzt zum Argument der SNB: Wir hatten im vergangenen Jahr Sondereffekte, die für einmal alle in eine Richtung, nämlich in die Verbesserung, gingen. Andere Jahre hatten wir auch Sondereffekte, die waren dann gegenläufig, sodass sie sich aufgehoben haben. Es gab auch schon Jahren, in denen alles nach unten zeigte. Wenn es einen Sondereffekt in die positive Richtung gibt, dann soll uns das willkommen sein. Wir können auch davon ausgehen, dass es dann Sondereffekte in die andere Richtung geben wird.

Im Hinblick auf die Steuervorlage 17: Jungparteien haben das Privileg, dass sie pubertäre Steuervorlagen als Volksinitiativen einreichen können. Das heisst noch lange nicht, dass man sie dann auch so unterstützen muss. Was mir viel mehr Sorgen macht und nicht mehr pubertär, sondern wirklich leichtsinnig ist, das ist die PI zum Vermögenssteuersatz, die kürzlich während der Budgetdebatte eingereicht wurde. Denken Sie daran, wie man ein Fuder belädt – das kommt jetzt aus dem Transportgewerbe, ich muss ja doch fast alle Tage irgendeinen LKW beladen, ich weiss also schon, wie man ein Fuder aufladen muss –, denken Sie daran, wie man ein Fuder belädt, sodass es nicht schon

in der ersten Kurve wieder umfällt, wie das letzte Mal. Überladen Sie das Fuder nicht mit einer derart dümmlichen und schwierigen parlamentarischen Initiative im Hinblick auf eine äusserst schwierige Steuervorlage 17.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Die CVP beantragt Ihnen, den Steuerfuss bei 100 Prozent zu belassen. Der Kanton Zürich signalisiert damit Stabilität, er signalisiert Sicherheit. Das ist für alle – und insbesondere für die Wirtschaft – ein wichtiges Signal. Steuerliche Entlastungen finden wir grundsätzlich nichts Schlechtes, da müsste ich lügen, doch zum jetzigen Zeitpunkt und in der vorliegenden Form lehnen wir den Antrag ab. Erstens muss unserer Ansicht nach zuerst der Haushalt nachhaltig stabilisiert werden. Wir finden es schwierig, direkt vom Sparmodus in eine Steuersenkung zu wechseln. Meiner Meinung nach tun wir gut daran, ein oder zwei Zwischenschritte zu gehen und zu schauen, wie sich die Situation tatsächlich entwickelt.

Zweitens wollen wir von der CVP uns einen allfälligen Spielraum für kommende Herausforderungen bewahren, und auch bei uns steht die Steuervorlage 17 im Fokus. Hier steht der Kanton Zürich unter Druck bei den Unternehmenssteuern. Entlasten wir die Firmen nicht, gerät der Standort ins Hintertreffen. Werden dadurch die natürlichen Personen mehr belastet, droht ein zweites Mal ein Nein an der Urne. Optimal wäre darum ein Paket, mit dem nicht nur Unternehmen, sondern auch natürliche Personen entlastet werden. Das streben wir an, darauf arbeiten wir hin.

Wir wollen nicht mit einer Senkung des Steuerfusses jetzt alle Trümpfe verspielen, nein, wir wollen den letzten Stich machen. Und wie heisst es so schön: Wer den letzten Stich macht, der kann jassen. Jassen Sie mit uns und lehnen Sie den Antrag auf Steuersenkung ab. Besten Dank.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Die SVP hat ja im zweiten Anlauf noch einen richtigen Antrag eingebracht, nachdem die geballte FIKO-Vertretung es nicht geschafft hat, hat Herr Liebi als «Ausputzer» doch noch einen richtigen Antrag eingebracht. (*Zwischenruf: «Libero!»*) Ja, heute spielt man ja vier/vier/zwei, das mit dem Libero ist, glaube ich, sehr antiquiert (*Heiterkeit*). Aber auch dieser Antrag ist natürlich hoch ideologiegetrieben und Ihre Ideologie ist klar: Steuern senken und sparen. Das ist Ihr Mantra. Und Sie wissen ja genau, dass Ihr Antrag keine Chance hat und dass er auch im falschen Moment gestellt ist. Aber Sie wollen das einfach permanent bringen, damit das in allen

Köpfen drin ist. Es geht nur darum, die Steuern zu senken, und darum bringen Sie diesen Antrag. Das letzte Sparprogramm, das Lü16, ist eigentlich gar nicht das letzte, weil wir immer noch mittendrin sind. Das ist noch nicht abgeschlossen, wir müssen auch den Saldo, den die Regierung da vorgegeben hat, irgendwie erreichen. Aber das werden wir nie erreichen. Dieses Lü16 ist noch nicht abgeschlossen, und Sie reden schon vom Steuern-Senken.

Und da muss ich jetzt doch noch auf die Steuervorlage 17 zu sprechen kommen, das wurde in diesen vier Tagen eher am Rand behandelt. Hier drin schreibt die FIKO, zwischen 50 und 170 Millionen hätten wir bei der Steuerreform dann Steuerausfälle. Das ist natürlich Schnee von vorgestern, der ist getaut wie der Schnee, der gestern gefallen ist. Denn in der Zwischenzeit hat ja der Finanzdirektor eine Einigung mit den Kommunen des Kantons erzielt. Und diese Einigung, dass die Gemeinden auch in die zinsbereinigte Gewinnsteuer einsteigen, kostet viel Geld. Die Zustimmung der Gemeinden zu dieser Steuervorlage, dieses Commitment, das jetzt vorliegt, wurde natürlich mit viel Geld erkaufte. Aus dem Mund des Finanzdirektors ist einmal die Zahl gefallen, dass das ganze Steuerpaket den Kanton 400 Millionen kostet. Das ist die Zukunft, die auf uns zukommt. Wir müssen, wenn die Steuervorlage 17 kommt, mit diesem Loch leben. Und Sie wollen jetzt schon Steuern senken? Das ist wirklich Ideologie. Sie können auch nicht mit dem Steuerwettbewerb, den Kantonen Zug und Schwyz kommen. Wir wissen, wie es Schwyz geht, wir können uns etwa vorstellen, wo die USA hinlaufen mit dieser Regierung. Das kann nun definitiv kein Vorbild sein.

Was mir aber dann schon aufgestossen ist, ist diese PI von Herrn Boesch (*Hans-Jakob Boesch*) und Herrn Kutter und jemandem aus der SVP. Die PI – sie hat ja rein formell hier drin eine Mehrheit – will die Vermögenssteuern massiv senken. Das ist wirklich ein sehr gefährlicher Weg, den Sie da beschreiten. Jede Abstimmung über den 13er (*Steuerprogression von 13 Prozent*) haben Sie beim Volk verloren und wollen jetzt, da in Zukunft das Steuersubstrat tiefer wird, da wir mit dieser Steuervorlage weniger Einnahmen haben werden, wollen Sie zusätzlich noch bei den natürlichen Personen Steuern sparen, das ist ein starkes Stück.

Zur SNB: Ich glaube nicht, Herr Liebi, dass wir Finanzpolitik mit der SNB machen müssen. Sie wissen es, die SNB ist dazu da, Preisstabilität, Währungsstabilität zu garantieren. Die SNB hat jetzt den grossen Gewinn, weil sie zur Stützung des Schweizer Frankens ausländische Währung gekauft hat. Jetzt ist der Franken abgeschwächt und diese Währungen haben an Wert gewonnen. Ich möchte nicht das Wort

«Spekulation» in den Mund nehmen, das macht die SNB natürlich nicht, sie spekuliert nicht. Aber ich meine, das sind Währungsgewinne, und wir können doch nicht auf Währungsgewinnen, die nicht nachhaltig sind, die einmal kommen können oder eben nicht, Finanz- und Steuerpolitik betreiben, das wäre unseriös.

Sie haben am Schluss gesagt, man müsse allen etwas zurückgeben, deshalb müsse man die Steuern senken. Das zeigt eben auch Ihre Ideologie. Wenn Sie den Leuten wirklich etwas hätten geben wollen, dann hätten Sie ja die Individuelle Prämienverbilligung erhöhen können, dann hätten etwa 30 oder 40 Personen profitiert, und zwar von den Einkommensschwächeren. Und bei Steuersenkungen, das wissen Sie genau, die Steuerprogression muss ich Ihnen ja nicht erklären, Herr Liebi: Je mehr man verdient, desto mehr profitiert man, wenn man die Steuern um 2 Steuerprozent senkt. Das ist Ihre Ideologie, Sie wollen die Reichen entlasten und die Unternehmungen entlasten. Das steckt hinter der ganzen Geschichte.

Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag der SVP abzulehnen.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Wir von der EDU haben bereits bei der Eintretensdebatte gesagt, dass wir den Steuerwettbewerb befürworten und einen faireren Finanzausgleich des Bundes fordern. Denn man stärkt den Schwachen nicht, indem man den Starken schwächt. Die EDU setzte sich gerade auch in der vergangenen Budgetdebatte für wirksame Massnahmen gegen zunehmende Steuerbelastung und gegen das Wachstum der Staatsquote ein. Für die EDU ist Steuergerechtigkeit ein wichtiges Credo, und das bedingt unter anderem die wirksame Bekämpfung der Steuerhinterziehung zum Schutz der ehrlichen Steuerzahler. Und dies dient auch als Basis für eine gute Steuermoral der Steuerpflichtigen. Strikte Haushaltsdisziplin und die Durchsetzung der Steuergerechtigkeit bringen Wettbewerbs- und Standortvorteile. Dies bedingt aber auch den Schutz des Privateigentums und der Privatsphäre des Einzelnen vor unbefugtem staatlichem Zugriff.

Die EDU setzt sich schon immer für eine Begrenzung und Entlastung des Staates vor zusätzlichen Aufgaben ein, welche eine ausgabenerhöhende Wirkung haben. Wir sind für einen wirksamen Schuldenabbau und eine Kontrolle, wie gesagt, der Staatsquote zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit und der Standortattraktivität unseres Kantons. Die logische Konsequenz unserer Forderungen ist, dass wir den Steuerfuss bei 100 Prozent belassen und der Gewinn dann tatsächlich für den Schuldenabbau und für zukünftige Herausforderungen verwendet wird. Danke.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau): Ich bin einmal mehr geneigt, zu Beginn meines Votums festzuhalten, dass uns unser Finanzdirektor – nicht nur die vorhergehenden Sprecher – ein weiteres Mal voller Inbrunst und stolz mitteilen wird, dass der kantonale Steuerfuss nun über zehn Jahre unverändert bei 100 Prozent liegt, wahrlich eine ganz besondere Leistung, die jedoch nach unserer Ansicht in dieser Zeit langsam überholt ist. Nach meiner Meinung fragen wir uns hier im Parlament viel zu wenig, warum dies so ist und warum wir immer wieder auf die Mär des so wichtigen stabilen Steuerfusses – ich sage es deutlich – hereinfallen, statt die gesamte Finanzpolitik des Regierungsrates dann auch einmal wirklich zu hinterfragen. Seit gut zwei Jahren sprechen wir von einer Leistungsüberprüfung im Kanton Zürich und verstehen darunter lediglich die Entwicklung in eine Richtung, in Richtung Einsparung. Ich habe immer gesagt, die Überprüfung von Leistungen des Kantons – und ich schliesse hier die Gemeinden durchaus mit ein – gehört doch zur Daueraufgabe einer Exekutive. Das würde aber auch heissen, dass sich der Regierungsrat, wenn er Leistungen für richtig und gut befindet, sich Gedanken zu deren Finanzierung machen müsste. Weit gefehlt, nach meiner Meinung. Der Regierungsrat geht lediglich hin und streicht beziehungsweise kürzt Leistungen, um den Finanzhaushalt im Lot zu halten beziehungsweise sein vor vier oder drei Jahren abgegebenes Versprechen, die Steuern nicht zu erhöhen, mit viel aufgeblähter Luft nach aussen zu demonstrieren.

Irgendwann ist die Zitrone ausgepresst oder auf der nächstfolgenden Stufe fertig umgelagert. Die Überwälzung von Kosten auf die Gemeinden hat schon vor längerer Zeit begonnen und führt da und dort zu Ächzen und Stöhnen. Die Verlagerung direkt auf den Bürger via Einführung und/oder Erhöhung von Gebühren hat nach meiner Meinung jedoch erst ihren Anfang genommen. So ein Versprechen, die Steuern nicht erhöhen zu müssen, ist keine Leistung und schon gar keine Leistungsüberprüfung. Es ist nichts anderes als nacktes, profilorientiertes und blenderisches Verhalten. Sehr geehrte Damen und Herren der Regierung und der FIKO, hier hätten Sie ein Zeichen setzen können, statt das wiederum langweilige Geplänkel von SVP und Linken um eine Reduktion des Steuerfusses anzuhören, um dann zum Schluss der realpolitischen Schlussfolgerung des Regierungsrates, den Steuerfuss bei 100 Prozent zu belassen, entsprechend zu folgen. Wie wäre es gewesen, einmal die Erhöhung des Steuerfusses ins Auge zu fassen?

Ich meinerseits habe mich schon vor einiger Zeit dazu geäussert, dass es an der Zeit wäre, laut darüber nachzudenken, den Steuerfuss um

mindestens 2 Prozent zu erhöhen. Nicht um die Leistungen des Kantons auszubauen, wie es die Linke dann vielleicht gerne tun würde, sondern um die hart und über die Jahre erreichten Errungenschaften in diesem Kanton und seine Leistungen wenigstens zu sichern, aber auch um die heutige unehrliche Politik der Kostenumverteilung, wie die Abwälzung auf die nächstfolgende Stufe oder gar den Bürger, zu stoppen. Sie haben die Steuervorlage 17 mit den rund 400 Millionen erwähnt. Wenn das wirklich eintrifft, dann wären jetzt vielleicht 2 Prozent fällig gewesen, um es auf der Seite zu haben. Aber wenn sie dann wirklich kommt, dann reden wir mit einem Schlag über 5 Prozent oder mehr nach oben.

Sie fragen sich vielleicht, warum wir den Antrag nicht gestellt haben, die Steuern zu erhöhen. Ganz einfach: Weil er bei der jetzigen Konstellation des Rates von vornherein chancenlos wäre. Mehr als eine kleine Aufmerksamkeit und die Verlängerung der kommenden Debatte könnten wir wohl als kleine Fraktion nicht erreichen. Dies ist nicht die Art der BDP-Fraktion, Politik zu machen, schon gar nicht Finanzpolitik. Wir meinen, genug realpolitisch und lösungsorientiert zu sein, und gerade diesen Weg wollen wir wegen etwas Effekthascherei nicht verlassen. Wir folgen logischerweise dem Antrag des Regierungsrates auf Beibehaltung des Steuerfusses von 100 Prozent.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Es ist in der Tat eine Leistung, dass der Kanton seinen Steuerfuss über die Jahre bei 100 Prozent halten konnte. Dies obwohl mit dem Projekt «100/null» die Kosten für die Spitäler voll zulasten des Kantons gingen. Die Kosten für die Pflegeheime gingen zulasten der Gemeinden. Damit wurden Lasten von rund 200 Millionen Franken zum Kanton verschoben. Obwohl der Kanton jetzt bei der Spitalfinanzierung einen höheren Kostenanteil übernehmen muss, weil das bundesrechtlich so geregelt ist – man könnte diese Liste jetzt noch beliebig lange fortsetzen –, konnte der Kanton seinen Steuerfuss bei 100 Prozent halten. Wir sind froh, dass er das machen konnte. Wir werden einer Senkung des Steuerfusses unter diesen Umständen sicher nicht zustimmen.

Roger Liebi (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: «Sowohl die Staatsquote wie auch die Fiskalquote dürfen sich nicht mehr erhöhen. Neue Steuern und Abgaben bekämpft die BDP konsequent. Es geht derjenigen Landesbevölkerung gut, deren Wirtschaft gut läuft. Die Wirtschaft braucht stabile finanzpolitische Rahmenbedingungen bei guten und effizienten staatlichen Dienstleistungen sowie möglichst

tiefen Steuern» – Parteiprogramm der BDP Schweiz, Artikel 10. Aber mir ist klar, man weiss ja nicht so richtig, ob es die BDP Schweiz noch so gibt im Moment, das sind vielleicht einzelne Parteien, Bezirke, die anders denken können, das ist möglich. Aber ich würde doch empfehlen, das eigene Parteibuch einmal zu lesen, dann kommt man vielleicht zu anderen Schlüssen. Da bin ich jetzt etwas erstaunt.

Bei Herrn Bischoff bin ich natürlich nicht erstaunt, das ist klar. Wenn mir die Kommunisten Ideologie vorwerfen, dann nehme ich das natürlich auch gerne entgegen, das ist ja klar. Nur, Herr Bischoff, Sie sagen, es sei der falsche Zeitpunkt. Für Sie ist für eine Steuersenkung immer der falsche Zeitpunkt. Es ist nicht wirklich etwas Neues, was Sie uns erzählen. Ich kann mich nicht erinnern, dass Sie je irgendeinmal irgendwo für eine Steuersenkung eingestanden wären. Es ist doch ein bisschen heuchlerisch, jetzt zu sagen «Es ist der falsche Zeitpunkt». Sie werden nie dafür sein, Steuern zu senken.

Was mir aber gefallen hat – immerhin etwas hat mir gefallen an der Diskussion: Alle von Ihnen, von links bis rechts – rechts von uns (*Heiterkeit*) –, setzen sich für die Unternehmenssteuerreform ein. Alle haben Angst, dass die Unternehmenssteuerreform nicht funktionieren wird. Das macht mir Freude, das war nicht immer so. Da können wir Sie also beim Wort nehmen, allerdings auch dort, wo es um die Frage der Stabilität geht. Und da spreche ich jetzt insbesondere auch die FDP an. Wenn Sie natürlich in Städten – und ich habe ja auch von der linken Seite, dass die Städte besonders betroffen seien –, wenn Sie natürlich in den Städten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, in den Städten wie Winterthur, Dübendorf, Zürich, selber Steuersenkungen fordern und sogar teils gewinnen, wie in Winterthur und Dübendorf, dann finde ich es schon etwas schwierig, hier drin dann zu sagen, man könne jetzt nicht Steuern senken, weil man ja auf Stabilität schauen müsse. Gerade dort, wo man besonders betroffen wäre, nämlich in den Städten, haben Sie Steuersenkungen teils – in der Stadt Zürich nicht, aber teils – durchgesetzt. Das finde ich doch relativ speziell, wenn dann im Kanton auf einmal eine andere Meinung kommt, denn die Auswirkungen einer Unternehmenssteuerreform – das haben wir jetzt das eine oder andere Mal gehört – sind insbesondere auch bei den Städten zu spüren. Deswegen finde ich Ihre Haltung jetzt, ehrlich gesagt, nicht wirklich stringent in Fragen der Steuersenkung. Das müssen Sie sich vielleicht als kleinen Vorwurf an Sie gefallen lassen. Wenn Sie mir das anders erklären können, würde ich das dann auch annehmen, aber ich glaube, es wird relativ schwierig sein. Insofern bitte ich Sie, doch noch einmal darauf zurückzukommen.

Und Herr Kutter, Sie haben gesagt, es müsse eine möglichst einfache Vorlage sein, damit sowohl natürliche Personen wie Unternehmen profitieren können. Lieber Philipp Kutter, es gibt nichts Einfacheres als eine Steuersenkung. Vielen Dank auch für deine Unterstützung.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Das Votum von Roger Liebi hat mich jetzt doch in einem Punkt noch herausgefordert. Wenn er seiner Freude Ausdruck gegeben hat, dass der ganze Rat die Steuerreform 17 unterstützen würde, muss ich an dieser Stelle doch klar sagen: Es kommt am Ende darauf an, wie diese Steuerreform 17 aussieht. Das war schon bei der letzten Steuerreform namens USR III (*Unternehmenssteuerreform III*) der Fall. Und hier kann ich nur an das Votum von Robert Brunner anschliessen. So wie ich die Diskussion aktuell einschätze und wie ich den Kompromiss, den die bürgerlichen Parteien bereits kommuniziert haben, so wie Sie sich zum Kompromiss, den der Finanzdirektor mit den Kommunen geschlossen hat, stellen, muss ich Sie warnen: Überladen Sie das Fuder nicht. Sie haben schon einmal an der Urne auf die Nase gekriegt, und wenn sie so weiterfahren, dann riskieren Sie, dass Sie halt noch ein zweites Mal auf die Nase kriegen. Die Lehre aus dieser Niederlage bei der USR III sollte für Sie sein: Gehen Sie nicht aufs Ganze, halten Sie Mass, dann besteht die Chance, zu einer vernünftigen Reform zu kommen. Und sonst gehen wir halt wieder zurück auf Feld eins. Wir können das üben und üben und üben, solange Sie das gerne möchten. Ich rate Ihnen: Überladen Sie das Fuder nicht. Ich danke Ihnen.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau) spricht zum zweiten Mal: Lieber Roger Liebi, herzlichen Dank für die Präzisierungen aus unserem Parteiprogramm. Man muss es natürlich auch ein bisschen verstehen können. Stabilität hat nicht allein mit Senkung oder Gleichhalten zu tun, Stabilität hat damit zu tun, dass man über Jahre seinen Finanzhaushalt im Lot halten kann. Und ich bin der festen Überzeugung, dass man zumindest mit einer Steuersenkung dies nicht kann, gerade wenn man sieht, was auf uns zukommt. Ich bin sogar der festen Überzeugung, 2020 werden Sie hier drin intensiv und korrekt aufgrund des Haushaltes über eine Steuererhöhung diskutieren müssen.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte auf zwei Wortmeldungen reagieren, die mich direkt oder indirekt angesprochen haben. Zuerst zu Robert Brunner und Stefan Feldmann: Ich bin mir sehr bewusst, dass wir uns der Steuervorlage 17 mit gros-

ser Vorsicht nähern müssen, und ich finde es nicht richtig, dass Sie jetzt eine PI, die wir eingereicht haben, hier einfach untrennbar mit dieser Vorlage verknüpfen (*Heiterkeit*). Was wir dann genau auf dieses Fuder laden, das Sie so schön zitieren, werden wir dann noch sehen. Und ich bin auch wirklich bereit zu konstruktiven Gesprächen hierzu.

Roger Liebi, es ist für mich wirklich nicht ganz eingängig, wie ausgerechnet der WAK-Präsident die Gesamtschau nicht wahrhaben will. Wir sollten uns jetzt wirklich nicht mit einer Steuerfussenkung allen Spielraum vergeben. Aber was mich auch freut, ist, dass du diesen Antrag nicht zurückgezogen hast, jetzt können wir nämlich abstimmen.

Regierungsrat Ernst Stocker: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, den Steuerfuss bei 100 Prozent festzusetzen. Er lehnt die Senkung um 2 Prozent ab. Es ist richtig, der Kanton Zürich steht im Steuerwettbewerb, das ist so. Wir messen ja unsere Stellung im Steuerwettbewerb mit dem Steuermonitoring jedes Jahr, und die Aussagen sind klar: Im Bereich der natürlichen Personen ist der Kanton Zürich in weiten Teilen recht gut aufgestellt. Natürlich gibt es Bessere, die wird es immer geben. Aber im Bereich der juristischen Personen ist der Kanton Zürich nicht so gut aufgestellt. Und insbesondere – es wurde mehrmals gesagt, ich sage es noch einmal – wenn man die Auswirkungen der angedachten Steuerreform 17 anschaut, dann wird sich diese Diskrepanz noch verschärfen. Deshalb brauchen wir den Spielraum, um für die Steuerreform 17 eine Vorlage zu zimmern, die in diesem Kanton mehrheitsfähig ist. Sonst haben wir dann wirklich ein Problem, das muss ich Ihnen sagen. Darum ist es mir ein Anliegen, dass wir die Möglichkeiten haben, zusammen mit den Städten und Gemeinden und dem Kanton eine Gesamtlösung auch für den zweiten Schritt nach dem Bund für die kantonale Umsetzung so zu gestalten, dass sie mehrheitsfähig ist.

Deshalb bitte ich Sie, den Steuerfuss bei 100 Prozent zu belassen. Und wenn es Zusatzerträge gibt – das ist möglich, das streite ich nicht ab –, dann werden diese zum Abbau der Staatsverschuldung beitragen. Ich glaube, das erhöht unsere Flexibilität noch einmal. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Und da ich ja nicht zu den Elefanten gehöre (*Anspielung auf die nachfolgende Elefantenrunde der Fraktionsvorsitzenden*), würde ich mich freuen, wenn Sie dem Budget zustimmen. Besten Dank.

Abstimmung

Der Antrag der FIKO wird dem Antrag der SVP gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 122 : 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der FIKO zuzustimmen und den Steuerfuss bei 100 Prozent zu belassen.

Ratspräsidentin Karin Egli: Bevor wir zur Elefantenrunde und zur Schlussabstimmung über das Budget 2018 kommen, hat Robert Brunner das Wort zur Begründung des Minderheitsantrags auf Ablehnung des Budgets 2018. Er verzichtet (*Heiterkeit*).

Dann kommen wir nun zur Elefantenrunde. Ich erteile das Wort den Fraktionsvorsitzenden für ein Schlussvotum. Ich räume ihnen dafür eine Redezeit von maximal zehn Minuten ein.

Jürg Trachsel (SVP, Richterswil): Ja, wir haben jetzt neun lange Sitzungen hier drin ein bisschen gestritten, zum Teil heftig, zum Teil weniger heftig, doch das gehört ja bekanntlich zum parlamentarischen Alltag. Neun Sitzungen haben wir gebraucht, rund 324'000 Franken verbraten, doch was haben wir wirklich erreicht?

Formell zumindest einmal das Positive vorweg: Wir haben den KEF, den wir sonst immer erst Ende Januar beraten haben, mit dieser Monsterdebatte auch gleich erledigt, und das ist sicher gut so. Misst man aber hinsichtlich des Budgets das Erreichte an den Veränderungen, die wir zustande gebracht haben, so nimmt sich die Bilanz doch recht mager aus. Der Antrag der FIKO ist nicht nur mehr oder weniger, sondern er ist unverändert zum in Kürze zu beschliessenden Budget 2018 erkoren worden. Der bereits relativ ausgewogene Antrag der Regierung ist geringfügig abgeändert worden, um rund 50 Millionen bei einem Gesamtetat von über 15 Milliarden. Misst man das Erreichte aber an der Tatsache, dass wir in Kürze überhaupt ein Budget haben werden, also am Faktum, dass der Kanton Zürich im Jahr 2018 voll handlungsfähig sein wird und die Herausforderungen der Zukunft – und davon haben wir heute ja viel gehört – angehen kann, so zeugt das doch von einer reifen Leistung einerseits von der Regierung, aber andererseits auch von diesem Parlament.

Wir von der SVP als grösste in diesem Rat vertretene Fraktion nehmen die Verantwortung wahr und sagen nach geschlagener Schlacht Ja zum Budget 2018. Das sagen wir, obwohl bei weitem – das haben wir ja gerade jetzt wieder schmerzlich erfahren müssen –, bei weitem nicht alle unsere Wünsche in Erfüllung gegangen sind. Extrem schmerzlich – und das war eben das Letzte – ist für uns vor allem das

Faktum, dass es uns nicht gelungen ist, unsere bürgerlichen Partner von einer massvollen und wahrlich gut begründeten Steuersenkung zu überzeugen. Aber eben, wer nicht will, der will halt nicht. Und ich muss doch noch einmal sagen: Vor allem die Pirouette, die Marcel Lenggenhager hier geschlagen hat, die hat mich wirklich sehr, sehr überrascht, er hat sich wirklich vom Saulus zum Paulus gewandelt. Ja, Sie wollen das nicht, wir nehmen das zur Kenntnis. Aber es wurde in diesem Rat ja auch schon gesagt, selbst Winterthur mit einer roten Finanzvorsteherin (*Yvonne Beutler*), aber sekundiert auch von bürgerlichen Politikern, senkt bei weit schlechteren Finanzverhältnissen die Steuern. Hier im Kanton Zürich findet aber offensichtlich neben der SVP keine andere Partei die nötige Kraft und den nötigen Mut. Mein Appell beziehungsweise meine Enttäuschung geht diesbezüglich vor allem natürlich an die FDP – wir haben es schon in der vorherigen Debatte gehört –, welche in anderen Städten erfolgreich dazu beigetragen hat, dass Steuern gesenkt werden konnten, und hier in diesem Kanton selber Vorstösse eingereicht hat, die ein Mehrfaches einer 2-prozentigen Steuerfussenkung bedeuten. Ich kann Ihnen nur sagen, Sie hätten daran denken sollen: Politik ist nicht nur immer ein Nehmen, es ist eben auch ein Geben.

Aber nicht nur bei der Steuerfussdiskussion mussten wir einstecken, auch beim Amt für Justizvollzug beispielsweise, bei der Strafverfolgung für Erwachsene, bei der Fachstelle für Integrationsfragen, auch bei anderen Fachstellen, bei der Fachstelle für Mann und Frau. Oftmals blieben wir wirklich allein auf weiter Flur, lediglich die EDU stand dann und wann auf unserer Seite. An dieser Stelle herzlichen Dank an die EDU.

So oder so, wirklich viel verändert hätten wir aber auch dann nicht, selbst wenn alle unsere eigenen Anträge durchgekommen wären. Das gilt aber auch für alle anderen Fraktionen, welche Einzelanträge gestellt hatten und haben in diesem Rat. Der Unterschied zwischen uns und wohl vor allem den linken und grünen Fraktionen liegt nun aber darin, dass wir gewillt sind, auch wenn ein Grossteil unserer Anliegen abgelehnt wurde, dass wir gewillt sind, Verantwortung wahrzunehmen. Und Verantwortung wahrnehmen heisst letztlich eben Ja sagen zu diesem Budget und Ja sagen dazu, dass der Kanton auch im Jahr 2018 funktioniert. Diese Verantwortung nehmen Sie offensichtlich, so Sie denn Ihren Ausführungen in der Grundsatzdebatte folgen – und das müssen Sie ja eigentlich, denn verändert hat sich nichts –, diese Verantwortung nehmen Sie von der links-grünen Ratsseite wirklich nicht wahr. Wenn die Grünen oder die AL dies tun, so kann man das noch mit Trotzreaktion abtun, beschränken sich doch die Grünen Jahr

für Jahr vor allem und grösstmehrheitlich auf die Sektoren der Baudirektion: Ein bisschen mehr AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*) dort, Seeuferwege, Gewässerrevitalisierungen da und am liebsten überall. Wenn aber die SP als zweitgrösste Fraktion in diesem Rat heute Nein zum Budget sagt, so ist das halt schon ein bisschen anders. Trotzreaktionen reichen bei Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der SP, wirklich nicht aus. Kollege Markus Späth hat heute Vormittag mittels einer persönlichen Erklärung relativ wüste und haltlose Anschuldigungen an die Adresse der SVP gerichtet. Keine Angst, das macht uns nichts aus, lieber Markus, die Blätter einer 100-jährigen Eiche fallen nicht gleich ab, nur weil einer unten auf die Rinde pinkelt (*Heiterkeit*). Wir haben lediglich Verantwortung übernommen, wir können über unseren Schatten springen. Und glauben Sie mir, unser Schatten ist breiter und grösser als Ihr eigener (*Heiterkeit*), das können Sie nicht. Wer wie die SP wegen zwei verlorenen Anliegen – zwei von vielen – das gesamte Budget ablehnt, ein Budget mit einem positiven Saldo ablehnt, der nimmt halt wirklich seine Verantwortung nicht wahr. Wer wie der Fraktionspräsident der SP gestern noch vollmundig vor den Kameras verkündet hat, der grosse Sieger der Budgetdebatte zu sein, hilflos über die SVP lästert und heute ein positives Budget ablehnt – da kann ich nur sagen: Unverständlich und verantwortungslos. Sie alle in diesem Sektor können uns von den Bürgerlichen ja immerhin Danke sagen. Sie können Danke sagen, weil wir Ja sagen. Und wir übernehmen zusammen die Verantwortung und wir stellen einen handlungsfähigen Staat Zürich sicher. Und vor allem, wir nehmen Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen zur Linken, eben diese besagte Verantwortung ab. Denn wenn wir nämlich auch ablehnen würden, dann würden Sie ganz doof dastehen vor Ihren Wählerinnen und Wählern. Aber wir nehmen Ihnen gerne die Verantwortung ab, wie dies Eltern von kleinen Kindern tun. Wir sind grosszügig und lassen Sie wie kleine Trötzlerbuben und Trötzlermädchen, liebe Esther (*Esther Guyer*), an grosse Polit- und andere Bäume pinkeln und lauthals Nein schreien. Nützen tut es nichts. Stimmen Sie dem Budget zu. Ich danke Ihnen.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Offensichtlich, lieber Jürg, habe ich dich heute im Kern getroffen. Aber lassen wir dieses kleinliche Hickhack und schauen wir die grossen Züge an. Wir stehen am Ende einer langen, nein, einer sehr langen Budgetdebatte. Neun Sitzungen, total rund 30 Stunden haben wir hier beraten. Gespart – und da teile ich die Einschätzung meines Vorredners –, gespart haben wir rund 48 Millionen. 48 durch 30 gibt 1,6 Millionen Franken, so viel haben wir gespart

pro Stunde. Die SP-Fraktion gehörte 36-mal zu den Siegern, 41-mal zu den Verlierern, das ist eine durchgezogene Bilanz. Immerhin aber wurde unsere Frustrationstoleranz nicht derart strapaziert wie in den letzten Jahren. Die Bilanz, wie gesagt, ist durchgezogen.

Wie sieht denn die Bilanz des neuen Budgetverfahrens aus? Auch hier neigt sich unsere Einschätzung auf die positive Seite. Die gemeinsame Behandlung von Budget- und KEF-Anträgen zu den gleichen Globalanträgen ist tatsächlich effizienter geworden, weniger repetitiv. Erspart werden uns die mühsamen Januar-Debatten, das ist ein wichtiger Punkt, wir haben sie heute schon hinter uns. Allerdings ist bei dieser Belastung ein Milizparlament nur noch bedingt möglich. Belastet wurde die Budgetdebatte vor allem letzte Woche über weite Strecken durch die One-Man-Show von Kollege H.P.A. (*Hans-Peter Amrein*) aus K. (*Heiterkeit*). Er hat einen beträchtlichen Teil der Debatte für seine Partei ganz im Alleingang bestritten. Er hat nicht nur eigene Anträge vertreten, sondern auch eine ganze Reihe von solchen seiner Kollegen, wohl weil er sie zuvor als Ghostwriter geschrieben hat. Für die kommende Budgetdebatte hätten wir hier eine kreative Sparidee: Man könnte doch, mindestens für den ersten Teil der Debatte, die SVP-Fraktion beurlauben, Kollege H.P.A. mit 54 Stimmen ausrüsten und so Tausende von Franken Sitzungsgeldern sparen. Als Pädagoge habe ich ernsthaft Sorge. H.P.A. zeigt die klassischen Anzeichen eines schwer verhaltensauffälligen Schülers. Er benötigt enorm viel Aufmerksamkeit, muss immer im Zentrum stehen, wird oft laut, ist kaum zu bremsen, widerspricht aus Prinzip. Unsere Empfehlung an die Adresse des Fraktionspräsidenten ist klassisch sozialdemokratisch: Natürlich nicht Separation, sondern Inklusion. Vor allem aber raten wir dem Verantwortlichen dringend, dafür in Zukunft heilpädagogische Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Tiefpunkt der ganzen Budget... (*Die Ratspräsidentin unterbricht den Votanten.*)

Ratspräsidentin Karin Egli: Herr Späth, darf ich Sie bitten, sich an die Fraktionsvorgabe und das Budget zu halten?

Markus Späth fährt fort: Tiefpunkt der ganzen Budgetberatung war der unsägliche Frontalangriff auf die Fachhochschulen. Ihr Erfolg ist offensichtlich der SVP ein Dorn im Auge. Dabei spielt sich doch gerade diese Fraktion traditionell als Gralshüterin des dualen Bildungssystems auf. Insbesondere die ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*), gegen die Amrein und Hauser (*Matthias Hauser*) mit schon fast gesundheitsgefährlich geschwollenen Hals-

schlagadern vom Leder zogen, ist aber nichts anderes als die Krönung des Berufsbildungssystem, um das uns die ganze Welt beneidet.

Zum Ergebnis der langen Debatte: Rein quantitativ – ich habe es gesagt – ist die Bilanz durchzogen. Qualitativ fällt sie allerdings aus unserer Sicht viel weniger positiv auf, nein, sie fällt negativ auf. Drei Punkte sind dafür ausschlaggebend: Erstens die Prämienverbilligungsfrage. Da hat die bürgerliche Mehrheit das Sparprogramm knallhart durchgezogen. Statt rund ein Drittel soll künftig nur noch jeder fünfte Versicherte IPV-berechtigt (*Individuelle Prämienverbilligung*) sein, in Zahlen: 2016 bezogen 420'000 Menschen in unserem Kanton IPV, ab 2020 werden es noch 245'000 sein. Die Zahl hat sich damit halbiert. Einem Grossteil der Mittelschicht wird so Kaufkraft entzogen, trotz nach wie vor massiv steigender Prämienlast. Das ist sozial nicht nachvollziehbar, ja, es ist eine eigentliche finanzielle Kriegserklärung an den Mittelstand. Genau diese Gruppen, die heute und in Zukunft durch die beschleunigte Digitalisierung betroffen sein werden, auf ihrem Buckel findet Umverteilung nach oben statt. So produziert man Verlustängste, so entstehen Wutbürgertum und Fremdenfeindlichkeit, die dann wieder politisch bewirtschaftet werden können.

Der zweite Punkt, der uns wirklich wehtut, ist die Streichung im Verkehrsfonds. Mit der eigentlichen Plünderung des Verkehrsfonds um 30 Millionen blockiert die Ratsrechte dringend nötige Investitionen in den öffentlichen Verkehr. Die Finanzierung wird auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben und der nächsten Generation in die Schuhe geschoben. Unverantwortlich nennen wir das. Wir haben deshalb das Referendum ergriffen. Dass die 30 Millionen aus dem Budget gestrichen werden, bevor die Bevölkerung an der Urne darüber entschieden hat, ist jenseits von Gut und Böse. Vor diesem Hintergrund erwarten wir ganz klar, dass nach der erwarteten Ablehnung der Vorplünderung durch das Volk im Juni die zu wenig einbezahlten Millionen nachträglich eingeschossen werden.

Dritter, für uns besonders schmerzlicher Punkt: die Lohnentwicklung beim Staatspersonal. Effizientes, motiviertes Personal in der Verwaltung, im Bildungswesen, in den Spitälern oder in den Sicherheitsdiensten sind Standortfaktoren erster Güte. Statt Belohnung durch adäquate Anstellungs- und Lohnbedingungen bezieht das Personal von der Ratsmehrheit mehrheitlich Prügel. Ineffizientes Arbeiten, Schlendrian wird implizit unterstellt, zum Teil auch explizit. Offensichtlich wird das Personal primär als missliebiger Kostenfaktor verstanden. Da helfen auch ebenso billige wie unehrliche Lippenbekenntnisse nichts, rein gar nichts. Eine kleine Ausnahme im Rat war nur Markus Schaaf, der die Verdienste des Personals gebührend ge-

würdigt hat. Mit den heutigen Beschlüssen wächst der Rückstand beim Teuerungsausgleich und bei den Realloohnerhöhungen in den letzten 15 Jahren auf fast 10 Prozent an. Noch in keinem Jahr haben wir erreicht, was in der Personalverordnung verbindlich zugesagt ist, nämlich die Anpassung an die Lohnentwicklung des UBS-Indexes. Das verletzt das Gebot von Treu und Glauben. Die Frustration ist mit Händen zu greifen. Marcel Lenggenhager, ich weiss, wovon ich rede. Das ist eine kurzsichtige, rein finanzpolitisch motivierte Personalpolitik, die sich rächen wird.

Ein Wort zur FDP: Sie hat vor allem mit Abwesenheit geblüht. Symptomatisch Andreas Geistlich, der sein Kürzestvotum am vergangenen Dienstag um 19.30 Uhr vielsagend mit «Guten Abend» beendet hat und damit nicht nur sich selber, sondern auch seine Fraktion weitgehend aus der Budgetdebatte abgemeldet hat. Immerhin in vielen Fällen hat die Fraktion wesentlich dazu beigetragen, die besonders dreisten und dummen Attacken der SVP zu verhindern. Bemerkenswert auch, dass die FDP mitgeholfen hat, heute Abend den Steuersenkungsantrag der SVP zu versenken. Wir trauen dem aktuellen Burgfrieden allerdings nicht oder zumindest noch nicht. Offensichtlich gilt bei der FDP die Devise: Reculer pour mieux sauter – wir weichen dieses Jahr etwas zurück, um im nächsten umso härter zuschlagen zu können. Wo Sie zuschlagen wollen, ist jetzt schon klar: Bei der Unternehmenssteuern sowie bei der Einkommens- und Vermögenssteuer, da soll in den nächsten Jahren zum Kahlschlag angesetzt werden. Dieser eindimensionalen, einseitig steuerpolitisch motivierten Finanzpolitik setzen wir von der SP ein umfassenderes Konzept entgegen (*«Oh!»-Rufe von der rechten Ratsseite.*) Wir werden – hören Sie gut zu –, wir werden Hand bieten für eine vernünftige Unternehmenssteuerreform im Rahmen eines Gesamtpakets, das die Interessen der Gemeinden berücksichtigt und insbesondere einen wesentlichen Beitrag zum Soziallastenausgleich leistet. Unsere Finanzpolitik will verhindern, dass die Schere zwischen den Höchstverdienenden und der grossen Mehrheit der Menschen in unserem Kanton nicht noch weiter aufgeht. Die Kaufkraft der Mittel- und Unterschichten, des Volkes – in der Terminologie der SVP – muss gestärkt, nicht geschwächt werden. Wir wollen einen Kanton, der seine Standortqualitäten pflegt, ein umfassendes hochstehendes Bildungswesen, Spitäler auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft, eine Infrastruktur, die auch den künftigen Herausforderungen gewachsen ist... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon): Lieber Kollege Späth, öffentliche persönliche Verunglimpfungen gehören nicht in diesen Rat. Dein

Votum hat die Grenze des Anstands überschritten. Wir sind da ein bisschen weihnächtlicher gestimmt (*Heiterkeit*). Denn es liegt ein Budget vor, das mit knapp 130 Millionen Franken im Plus abschliesst und vom Kantonsrat nochmals klar verbessert werden konnte. Das ist erfreulich. Ein solches Budget abzulehnen, ist, gelinde gesagt, nur noch lächerlich und unverantwortlich. Wir, die Freisinnige Fraktion, sind sehr zufrieden. Wir haben fast alle Abstimmungen gewinnen können, 81 zu 4 ist die bemerkenswerte Quote (*Heiterkeit*). Es wurde in unserem Sinne entschieden, was uns sehr freut.

Und ich ziehe auch ein positives Fazit zum neuen Budgetprozess. Wir haben mit der gemeinsamen Behandlung von Budget und KEF Doppelspurigkeiten vermeiden und strategischer vorgehen können. Unser Hauptaugenmerk war in diesem Jahr auf folgende drei Punkte gerichtet:

Erstens: Wir möchten sozusagen ein Reservieren des budgetierten Überschusses, sozusagen für die Kompensation der durch die SV 17 absehbar entstehenden Steuerausfälle. Ganz sicher wollen nicht bereits heute ein Abschöpfen dieses Überschusses, wie dies die SP, aber mit dem Steuerfussantrag eben auch die SVP, möchte. Es sind Steuerausfälle in dreistelliger Millionenhöhe zu erwarten und der Steuerwettbewerb wird für Zürich weiter zur Herausforderung, egal, ob die zinsbereinigte Gewinnsteuer kommt oder nicht. Es wird hart. Ich erinnere daran, im kantonalen Ranking liegt Zürich mit einer Gewinnsteuer für juristische Personen von rund 21 Prozent auf Platz 20. Kantone in unserem Umfeld, wie Luzern, Zug, Nidwalden, Schwyz oder Schaffhausen, planen, ihre Unternehmen mit Sätzen von 12 bis 14 zu besteuern, und wir zweifeln deshalb daran, dass die vom Regierungsrat geplante Senkung der Gewinnsteuer auf rund 18 Prozent genügen wird, um der Abwanderung von Steuersubstrat ausreichend begegnen zu können. Positive Abschlüsse der Jahresrechnung sind darum zwingend, weshalb die FDP die Lohnsummenkürzung und die reduzierte Verkehrsfondseinlage auch dieses Jahr eingebracht beziehungsweise unterstützt hat.

Zweiter Punkt: 2010 – ich rufe das in Erinnerung – betrug das Eigenkapital 10 Milliarden. Nach KEF werden es Ende 2021 noch 9 Milliarden sein, also eine Milliarde weniger. Die Nettoschuld betrug 2010 3,6 Milliarden und bis Ende 2021 wird sie sich auf rund 7 Milliarden verdoppelt haben. Damit belegt Zürich im Kantons-Ranking bezüglich Verschuldung pro Einwohner Platz 17. Da ist nicht gut. Die Verschuldung ist zu reduzieren und das Eigenkapital zu stärken, und das ist eben nur mit positiven Abschlüssen möglich.

Und last but not least, drittens: Wir wollten dem neuen Budgetprozess insofern Rechnung tragen, als die Flughöhe unserer Ansicht nach höher und strategischer liegen muss als bis anhin. Wir verweben ja im neuen Prozess sinnvollerweise Budget- und Finanzplanung, und entsprechend haben wir versucht, unseren Fokus auf weniger, aber gewichtigere Anträge zu legen. Damit sind insbesondere die beiden bereits erwähnten Anträge dieses Budgets gemeint. Die reduzierte Einlage in den Verkehrsfonds bedeutet nicht, wie man anhand Ihrer Reaktion hätte meinen können, das Ende des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich. Obwohl wir nun zum x-ten Mal darüber debattiert haben, konnten Sie wiederum nicht auch nur ein einziges konkretes Projekt benennen, welches aufgrund dieser befristeten Mindereinlage mit Wiederaufstockung in der Zukunft nicht realisiert werden kann – nicht eines. Vielmehr ist es so, dass der Verkehrsfonds über genügend Mittel verfügt, um die für die nächsten 15 Jahre anstehenden Vorhaben finanzieren zu können. Im Fokus der Lohnsummenkürzung steht nicht der individuelle Lohn, weshalb wir dem Ausgleich der Teuerung ja auch zugestimmt haben, sondern eben vielmehr der Stellenbestand, also Neubesetzungen und Stellenausbau. Über alles betrachtet, steigt der Stellenbestand mehr, als die Bevölkerung wächst. Hier gilt es Gegensteuer zu geben.

Unser Fokus auf die grossen Anträge hat zu etwas Missstimmung bei der SVP geführt. Lassen Sie mich dazu Folgendes festhalten: Uns fehlenden Sparwillen zu unterstellen, wenn die gewichtigsten Kürzungsanträge aus unserer Feder stammen, ist doch etwas dreist. Ich plädiere für mehr Gelassenheit. Es gibt in diesem Saal unterschiedliche bürgerliche Parteien, und das ist gut so, manchmal wundert ihr euch über uns und umgekehrt wir uns über euch. Weil ich so weihnächtlich gestimmt bin, verzichte ich nun auf das Aufzählen aller Fälle, wo wir den Kopf über euch geschüttelt haben. Denn ach Gott, so ist es nun mal, ihr seid die SVP, wir sind die FDP, belassen wir es doch dabei und freuen wir uns an den Gemeinsamkeiten, beispielsweise bei der Steuerpolitik. Wir sind gar nicht so weit voneinander weg, wir haben nur einen anderen Ansatz: Wir wählen nicht den flächendeckenden Ansatz des Steuerfusses, sondern den punktuellen. Ja, eine 2-prozentige Steuerfussreduktion haben wir auch thematisiert. Das ist nicht jenseits von Gut und Böse, darüber darf man reden. Wir sind nun aber der Ansicht, dass wir unseren bisherigen Ansatz weiterverfolgen. Wir möchten die Attraktivität des Steuerstandortes Zürich und somit die mittelfristige Sicherung des Steuersubstrates über gezielte, punktuelle Verbesserungen des Steuersystems erreichen. Wie wir das mit der Besteuerung von Start-ups, dem Kapitalbezug von Pensionskassengeldern, der Mit-

telstandsinitiative fordern und mit weiteren Vorstössen noch fordern werden, zum Beispiel ja mit demjenigen, der heute bereits angesprochen wurde und den wir letzte Woche mit euch, SVP, unter anderem zusammen, zur Reduktion der Vermögenssteuersätze eingereicht haben.

Wo sieht die FDP weiteres Potenzial neben der konsequenten Weiterführung von Lü16? Wie bereits in der Eintretensdebatte ausgeführt, die FDP sieht zum Beispiel bei den direktionsübergreifenden Tätigkeiten auf den Ebenen Informatik, Personal, Raum, Arbeitsplatz und Materialbewirtschaftung Optimierungspotenzial. Wir sehen aber auch Potenzial bei Gesetzesänderungen zufolge neuer Bundeserlasse, durch Verzicht auf den gefürchteten sogenannten «Zürich-Finish». Weniger wäre oft mehr und entspräche einem liberalen Staat und einer schlanken Haushaltsführung weit besser. Wir werden uns diesem Thema weiter widmen.

Ich komme zum Schluss: Die FDP ist ausgesprochen zufrieden mit dem vorliegenden Budget. Es entspricht weitgehend unserer Intention und entsprechend stimmen wir zu. Wir bitten Sie, Gleiches zu tun.

Benno Scherrer (GLP, Uster): Wir haben uns den Feierabend und die Feiertage verdient. Wir haben ein Budget und wir haben die KEF-Erklärungen auch bereits abgehandelt, wir ersparen uns damit also die Wiederholung des immer Gleichen Ende Januar. Insofern hat sich das neue Verfahren bewährt, auch wenn es zwischendurch sehr langsam durch die Leistungsgruppe, durch Budget und KEF ging und uns nicht immer ganz klar war, was das, was gesagt wurde, für einen Zusammenhang mit dem Budget oder, wie Ruedi Lais dann korrigiert hat, mit der Entwicklung des Kantons Zürich wirklich zu tun hat. Aber positiv formuliert: Wir haben in neun Sitzungen einen Tour d'Horizon durch die Themen im Kanton gemacht. So war es gebündelt, interessant und ich glaube, es ist wichtig. Ob sich das Verfahren auch bei einer schwierigen finanziellen Situation bewährt, dann, wenn es wirklich hart auf hart geht, dann, wenn es um Millionendefizite geht, wird sich hoffentlich nicht bald weisen müssen. Dank dem vorgelegten Budget, dem bereits schon positiven Budget, dem weitgehend Folge geleistet wurde, blieb uns also die Nagelprobe erspart und der Probeauflauf scheint geglückt. Wir haben mit einem Plus von etwa 130 Millionen eine deutlich schwarze Null, das ist erfreulich.

Nun aber: Die SVP sagt «Der mittelfristige Ausgleich ist gefährdet» und will dann die Steuern um 2 Prozent senken. Es ehrt Sie ja, dass Sie nicht regierungsgläubig ist, obwohl Sie dort, in der Regierung, mit

einem starken, bürgerlichen, pragmatischen Finanzdirektor am Drücker sind. Es ehrt Sie ja, dass selbst Sie die Arbeit des Finanzdirektors nicht einfach loben. Aber weshalb seid ihr die Einzigen, die die für uns sehr nachvollziehbaren Äusserungen des Finanzdirektors nicht nachvollziehen können? Und wenn also der Standort Zürich insbesondere für Firmen gestärkt werden soll, dann wäre eben diese Steuersenkung genau das Falsche gewesen. Denn diese hätte genau das nicht zugelassen, was wichtig ist: Spielraum für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Wirtschaft. Das gelingt nicht mit 2 Prozent generell – die sind vom Tisch –, sondern nur mit einem intelligenten Einsatz. Diese 2 Prozent waren also im Prinzip ein Schaulaufen, ein halbherziges Schaulaufen sogar – seien Sie ehrlich – für die Tribüne.

Die larmoyante Haltung der SP bringt uns aber auch nicht weiter. Und dass sie jetzt noch auf den Mann spielte, das war eher peinlich. Beim Personal haben wir nicht die Notsituation, wie sie hier von linker Seite heraufbeschworen wird, wirklich nicht. Wir Grünliberale haben über die ganze Budgetdebatte – wie immer – eine ausgewogene, eigenständige Position vertreten, finanzpolitisch konsequent, aber auch sauber. Das heisst auch eben zum Beispiel bei der Einlage in den Verkehrsfonds sauber, dem geltenden Gesetz entsprechend und für den ÖV und klar gegen die FDP, SVP und CVP und so weiter, welche in diesem Geschäft, wie Regierungsrätin Carmen Walker Späh klar mahnte, eine gesetzeswidrige Haltung einnehmen. Und denken Sie daran, wir werden Sie in ein paar Jahren an Ihr Versprechen erinnern und, falls nötig, aus den entsprechenden Protokollen zitieren. Und eben, wir wollen das Pulver nicht mit 2 Prozent verschiessen, gezielte Massnahmen in die Innovationskraft sind besser.

Und so stehen wir in der Situation, dass wir als grösste Oppositionspartei voll hinter dem Regierungsantrag und seiner strategischen Ausrichtung stehen und finden, das soll konsequent umgesetzt werden. Interessant war auch – das wurde auch schon gesagt –, wie oft sich die FDP vor Voten drückte. Und da ging es nicht nur um Effizienz in diesem Rat, wenn man nichts sagt zur Quersubventionierung der NZZ durch Kultur- und Lotteriefondsgelder oder wenn man nichts sagt zum Budget des Datenschutzbeauftragten oder bei der Integrationsfachstelle. So erschien uns das eher als ein Sich-drücken vor einem Positionsbezug. Christoph Ziegler hat zu Recht darauf hingewiesen: Wir aus der positiven, progressiven Mitte haben keine immer wiederkehrenden und erst noch sicher erfolglose Anträge gestellt. Und wir haben uns auch immer gegen die immer gleichen und damit nicht besser werdenden Ausbauvorstellungen der Linken gestellt und mit den Bürgerlichen gewonnen, obwohl es, inhaltlich falsch, immer wieder hiess, hier

dürfe nicht gespart werden. Und wir haben uns auch gegen die immer gleichen und nicht besser werdenden Kürzungsanträge der SVP, zum Beispiel konkret bei den Fachhochschulen, gestellt und mit den Parteien Mittellinks gewonnen.

Der Wermutstropfen für uns bleibt: Bei Umweltfragen, bei Umweltanliegen werden hier in diesem Kanton nicht die richtigen Anreize gesetzt, sondern die falschen Akzente. Für uns ist das aber nicht Anlass, uns gegen das Budget zu wenden. Aber es ist ein bisschen wie beim Richtplan oder wie beim Wassergesetz: Der Regierungsantrag wurde im Parlament eher verschlechtert, sicher nicht verbessert, aber das Budget hier bleibt gut, weil viele der grossen Linien stimmen. Wir haben einen stabilen Steuerfuss, wir haben eine klare schwarze Null, wir haben kein ausuferndes Ausgabenwachstum, aber wir müssen wachsam bleiben. Wir freuen uns auf die Zukunft und darauf, dass wir den Kanton vorwärtsbringen. Wir können dem Budget und dem KEF zustimmen und in den verdienten Feierabend und in die verdienten Feiertage gehen.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Jürg Trachsel, voller Dankbarkeit für die ach so vernünftige und staatstragende SVP lehnen wir das Budget ab. Im Vorfeld warf man mir immer vor, dass es sich dabei um ein alljährliches grünes Ritual handle. Damit machen Sie es sich sehr, sehr einfach. Die Regierung hat ein einigermaßen vernünftiges Budget erstellt. Was wir nicht akzeptieren können und wollen, sind Ihre sogenannten Verbesserungen. Bei diesen handelt es sich, bei Lichte betrachtet, um ein ziel- und sinnloses Herumgewurstel am Budget, das nicht mehr akzeptabel ist. Ein Höhepunkt oder besser gesagt ein Tiefpunkt ist dabei die sinnlose Sparübung beim Verkehrsfonds, wo Sie sich sogar um unsere eigenen Gesetze foutieren. Sie glauben, weil Sie die Macht haben, können Sie sie auch ausüben, wie es Ihnen passt. Deshalb ist es folgerichtig, dass Sie als bürgerliche Mehrheit allein die Verantwortung für das Budget übernehmen müssen. Ein einziges Ziel einigt Sie: Man verschont die eigene Klientel und spart beim Personal und den sozial Schwachen, die sich nicht wehren können. Aber dies kann eigentlich wirklich niemanden erstaunen. Die SVP wird von Milliardären und von Millionären gelenkt, die den Staat geringschätzen und ihn möglichst kurz halten wollen, es sei denn, es betrifft sie selber oder die Landwirtschaft. Kaschiert wird diese Politik mit einer lächerlichen Heimattümelei und einer krassen Ausländerpolitik. Als brave und folgsame Untertanen Ihrer Parteioberen vertreten Sie die entsprechende Politik an der Basis und eben hier im Kantonsrat. Steuern runter, damit die Superreichen auch wirklich kräftig profitieren können,

Sozialkosten senken, Prämienverbilligung kürzen und die Bildungskosten senken, dafür aber rauf mit den Millionenhonoraren für die Chefärzte. Und nicht zuletzt sollen die Ziele der Energiewende untergraben werden. Diese Doktrin, meine Herren, vertreten Sie selbst dann, wenn sie auf Kosten des Mittelstandes und also wohl auch auf Ihre eigenen Kosten geht. Das Timing ist ja fast schon genial: Sparen beim Mittelstand und den Schwächeren und dann eine PI einreichen, mit der die Vermögenssteuern bei den wirklich Reichen gesenkt werden sollen. Für wie dumm halten Sie uns eigentlich? (*Heiterkeit.*) Und für wie dumm vor allem halten Sie die Stimmberechtigten? Das ist nicht mehr lustig. Für wie dumm halten Sie wohl die Stimmberechtigten? Ich jedenfalls freue mich jetzt schon sehr auf diese Volksabstimmung.

Glücklicherweise sind schon bald wieder Wahlen. Wir werden den Tausenden von Lehrerinnen und Lehrern und den Polizistinnen und Polizisten und den Pflegenden im Gesundheitswesen gerne mitteilen, dass die bürgerliche Mehrheit, obwohl der Kanton im Plus steht, Millionen beim Personal spart. Sie zum Beispiel, Frau Pflugshaupt, Sie behandeln das Personal wie Almosenempfänger, das ist schon störend, wirklich.

Die FDP meldet sich beim Budget jedes Jahr ein bisschen mehr ab. Das ist gut so, denn wenn trotzdem geredet wird, kommt es meistens nicht gut. Die Rechnung Ihres Vertreters zum Verkehrsfonds war so falsch, dass man gerne Nachhilfestunden in der Volksschule anordnen würde. Beim Thema Gesundheit und Spitallandschaft besteht von Ihrer Seite kein politischer Wille, zu gestalten und mitzubestimmen. Sie sitzen da an den Hebeln in den Spital- und Verwaltungsräten und sind politisch gelähmt und überhaupt nicht in der Lage, etwas gegen die unkontrollierte Mengenausweitung und die Überkapazitäten zu tun. Dann die Digitalisierung, liebe FDP, die Digitalisierung, ihr begegnet man nicht mit noch mehr Polizisten oder eben Cyberpolizisten, sondern mit Prävention und Beratung, wie es zum Beispiel der Datenschützer macht, dem Sie nicht einmal temporär Stellen zugestehen. Nötig wäre vielmehr eine grosse Aus- und Weiterbildungsoffensive, aber da herrscht nur Schweigen.

Die bürgerliche Mehrheit will unter dem Diktat des Gewerbeverbandes und der Wirtschaftsverbände die Steuern senken, die einen in der aktuellen Debatte, die anderen dann später über die Steuerreform 17. Da sind Sie sich offenbar dann doch wieder einig geworden. Mit diesem Ziel manövrieren Sie den Kanton zurück in den mörderischen Steuerwettbewerb, der ausser für ein paar Reiche einfach nichts bringt. Nach einem kurzen Hoch kürzen die Kantone ihre Budgets zu-

lasten der Bevölkerung oder leben vom Finanzausgleich, wie neu auch die Waadt, die sich nicht zuletzt mit der Pauschalbesteuerung ins Abseits manövriert hat.

Ein Wort noch zum Budgetverfahren: Die gemeinsame Beratung von Budget und KEF hat aus meiner Sicht gar nichts gebracht, im Gegenteil: Die KEF-Debatte ging völlig unter, mittelfristig steuern können wir aber nur über den KEF. Da könnte man auch über die grossen Brocken bei den gebundenen Ausgaben reden, aber dazu fehlt der politische Wille oder schlicht und einfach die Zeit für eine sorgfältige Bearbeitung. Wir Grünen haben Budget- und vor allem KEF-Anträge zugunsten von Umwelt und Natur gestellt. Dieser Kanton muss die Ziele der Energiestrategie 2050 erreichen und muss sie umsetzen. Davon weichen wir Grüne nicht ab, das geschieht zum Nutzen der Bevölkerung, vor allem für künftige Generationen, aber auch zum Nutzen der Wirtschaft und der Arbeitsplätze.

Dieses von der Mehrheit der Bürgerlichen durchgedrückte Budget ist nicht zukunftstauglich und ganz bestimmt nicht grün. Wir lehnen es ab.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Es ist garantiert das letzte Mal, dass ich spreche.

2015, kurz nach den Wahlen, mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass der mittelfristige Ausgleich akut gefährdet ist. Es fehlten damals 1,8 Milliarden Franken zur Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs und es drohte uns im Dezember 2017 eine markante Erhöhung des Steuerfusses. Das war vor zweieinhalb Jahren. Jetzt haben wir diesen Dezember 2017 und die Steuererhöhung ist kein Thema mehr, mehr noch: Einige Verwegene wagen es gar, eine Steuersenkung vorzuschlagen. Wir finden, das ist eine gute Nachricht, denn, auch wenn es einige nicht wahrhaben wollen, der Steuerwettbewerb findet statt. Doch was ist seither passiert? Zum einen tragen die finanzpolitischen Anstrengungen der letzten Jahre Früchte. Die Leistungsüberprüfung, die der Regierungsrat im April 2016 präsentierte, wirkt. Die Mitglieder der Regierung haben grossmehrheitlich ihre Hausaufgaben gemacht, das anerkennen wir sehr. Zum anderen hat auch die Konjunktur zugelegt, die Einnahmen sind höher als erwartet. All das führt zu einem Silberstreifen am Horizont. Ich danke der Verwaltung, ich danke dem Regierungsrat und speziell dem Finanzdirektor. Mit Ihren Anstrengungen haben Sie wesentlich dazu beigetragen, dass der Haushalt sich stabilisiert. Natürlich müssen wir weiterhin haushälterisch mit den Geldern umgehen, doch die leichte Aufhellung ermöglicht es uns

durchaus, gezielt zu investieren, zum Beispiel in die Infrastruktur. Der Silberstreifen am Horizont ermöglicht es uns auch, den Angestellten einen Teuerungsausgleich zu gewähren, auch wenn man darüber unterschiedlicher Ansicht sein kann. Wir tun es als Zeichen der Anerkennung nach schwierigen Zeiten.

Das Budget, das vor uns liegt, ist ein solides Budget. Ich habe nicht gezählt, wie oft die CVP bei den Detailabstimmungen gewonnen oder verloren hat, aber eines weiss ich mit Sicherheit: Dieses Budget ist ein Gewinn für den Kanton Zürich. Wir machen den Weg frei für Investitionen und für Projekte im nächsten Jahr, von denen hoffentlich die ganze Bevölkerung profitieren wird. Das sollten eigentlich auch die Ratslinke und die Grünen anerkennen. Doch sie tun das nicht, und das verstehe ich nun wirklich nicht. Esther Guyer und Markus Späth mussten die Gründe richtige zusammenklauben, um irgendwo hinter dem Komma noch einige Probleme hervorkramen. Es ist eigentlich etwas ganz anderes: Sie drücken sich – und das nicht zum ersten Mal – vor der Verantwortung. Wir übernehmen diese Verantwortung, dies seit Jahren, und das, Frau Guyer, werden wir unseren Wählerinnen und Wählern sagen. Und wissen Sie was? Vielleicht ist es auch ganz gut so, dass wir dem Budget zustimmen und Sie es ablehnen. Denn vielleicht ist das Grund, dass es dem Kanton so gut geht, dass Sie uns die Finanzpolitik überlassen.

Zur SVP möchte ich sagen: Lieber Jürg, es war wirklich fast herzzerreissend, wie du vorhin euer Scheitern in der Budgetberatung geschildert hast. Aber seien wir ehrlich, in groben Zügen gehört ihr auch zu den Siegern. Und wenn ihr bei gewissen Anträgen alleine dasteht, dann könnte es ja auch ausnahmsweise einmal nicht an uns liegen, sondern vielleicht am Antrag.

Insgesamt ist der Kanton Zürich finanzpolitisch auf dem richtigen Weg. Die CVP empfiehlt: Nicht locker lassen und weitermachen. Ich möchte auch noch einige Gedanken zur Budgetdebatte als solche loswerden. Es ist ja tatsächlich das erste Mal, dass wir Budget und KEF gemeinsam behandeln. Ich war an der Erarbeitung des neuen Verfahrens beteiligt und darum besonders gespannt, zu sehen, wie die Premiere verläuft. Nach geschlagener Schlacht stelle ich fest: Die Reform hat sich gelohnt. Das Verfahren ist zwar, wie alles Neue, gewöhnungsbedürftig, aber ich stelle fest, dass der Kantonsrat sich schon recht gut zurechtfindet zwischen den KEF-Erklärungen und Anträgen. Ich stelle auch fest, dass Sachkommissionen und Finanzkommission schon einen Modus vivendi gefunden haben. Es gibt zwar da und dort ein Murren, doch ich habe Schlimmeres erwartet. Und schliesslich stelle ich fest, dass wir den Zeitplan einhalten konnten. Wir hatten so-

gar Zeit, zwischendurch noch das Gesundheitsgesetz zu Ende zu beraten. Ich möchte mich auch herzlich bei allen bedanken, die ihren Antrag zurückgezogen haben, ein spezieller Dank geht an die Fraktion der Schiffsfünfliber-Freunde. Wir wären jetzt immer noch dran, und Sie haben uns ermöglicht, jetzt noch zu einer vernünftigen Zeit zu einem Ende zu kommen. Und der Effort, die Reform hat sich ja gelohnt, vor allem im Hinblick auf das neue Jahr. Wir ersparen uns nämlich vier Sitzungen KEF-Debatte, und ich möchte jetzt mal diejenigen aufstrecken sehen, die jetzt noch gerne im nächsten Januar den KEF durchberaten möchten. Frau Guyer gehört dazu, aber sonst wahrscheinlich nicht viele (*Heiterkeit*). Gespannt bin ich jetzt noch, zu sehen, wie der Regierungsrat mit den KEF-Erklärungen umgeht. Er muss ja neu, wenn er eine nicht entgegennehmen will, dem Kantonsrat trotzdem einen Beschluss unterbreiten.

Ich komme zum Schluss: Die CVP setzt sich ein für einen gesunden Finanzhaushalt. Wir sind gegen neue Schulden. Wir sind für verlässliche steuerliche Rahmenbedingungen und einen stabilen Steuerfuss. Das vorliegende Budget folgt diesen Zielen. Ja, wie ich es schon in der Eintretensdebatte sagte, es könnte fast ein CVP-Budget sein. Der Kantonsrat ist diesen Zielen in der Detailberatung ebenfalls gefolgt. Und so kann ich nach gewalteter Budgetdebatte sagen: Wir stehen mit Bauch und Rücken dahinter. Insgesamt ist der Kanton Zürich auf dem richtigen Weg. Die CVP empfiehlt: Nicht locker lassen, weitermachen und dem Budget zustimmen. Besten Dank.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Wir haben diese Tage gleich mehrfach Bemerkenswertes erlebt, davon will ich zwei Dinge besonders erwähnen: Zum ersten Mal wurden Budget und KEF in einem einzigen Aufwasch behandelt. Ein solches neues Verfahren ist immer auch mit viel Unbekanntem verbunden. Unser Leiter Parlamentsdienste, Moritz von Wyss, hat mit seinem prognostizierten Zeitplan die Debatte ziemlich genau vorhergesagt. Das ganze Team der Parlamentsdienste und auch die Mitarbeitenden der Kantonspolizei haben lange ausgehalten und dafür gesorgt, dass wir mit einem geordneten Ratsbetrieb nun die Schlusskurve einläuten können. Ihnen allen gehört ein grosses Danke. Zum Zweiten bemerkenswert: Eben wurden wir Zeugen von der Heiligensprechung von Paulus Lenggenhager (*Heiterkeit*).

Nun ist es also Zeit, ein inhaltliches Résumé zur Budgetdebatte zu ziehen, ein Résumé aus Sicht der EVP. Für einige heisst «EVP» «Eine Vernünftige Partei». Selbstverständlich liegt Vernunft immer im Auge des Betrachters. Aus unserer Sicht gab es in dieser Budgetdebatte vie-

le unvernünftige Anträge, die das Parlament dann vernünftigerweise auch abgelehnt hat. Übers Ganze gesehen, hat der Rat bei zwei Dritteln aller Anträge im Sinne der EVP entschieden, also mehrheitlich vernünftig. Der Rat hat auch Beschlüsse gefasst, die wir ganz klar als unvernünftig beurteilen. Es ist unvernünftig, weiter Geld aus dem Verkehrsfonds zu ziehen und damit die künftigen Generationen die Zeche zahlen zu lassen. Lieber Thomas Vogel, wenn dir nicht klar ist, was das für Auswirkungen hat, dann lass es dir von deiner Volkswirtschaftsdirektorin (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*) doch noch einmal erklären. Es ist unvernünftig, den Mittelstand und im Besonderen die Familien nicht stärker mit Prämienverbilligungen zu unterstützen. Ebenso ist es unvernünftig, dass wir die Mitarbeitenden des Kantons nur noch als Kostenfaktor sehen und dann weiterhin von ihnen besten Einsatz zum Wohle des Kantons erwarten. Doch wie gesagt, Vernunft hängt immer und im Wesentlichen vom Standpunkt des Betrachters ab. Übers Ganze gesehen, ist das Budget für uns in einem vernünftigen Rahmen abgehandelt worden und hat für uns zu einem Gesamtergebnis geführt, mit dem wir so einigermaßen leben können.

«EVP» bedeutet auch «Ein Verlässlicher Partner». Der Kanton Zürich braucht ein Budget, um sinnvoll zu funktionieren. Unser früherer Fraktionskollege Peter Ritschard pflegte jeweils an dieser Stelle zu sagen: «Lieber ein schlechtes Budget als gar kein Budget.» Wir sind überzeugt, dass wir mit dem vorliegenden Budget im nächsten Jahr arbeiten können. In diesem Sinne wird die EVP als verlässlicher Partner dem Budget zustimmen.

Und dann heisst «EVP» natürlich auch «Evangelische Volkspartei». Evangelium bedeutet «gute Botschaft». Die kommenden Weihnachtstage erinnern uns an ein zentrales Geschehen des christlichen Glaubens. Weihnachten ist das Fest der Versöhnung, des Friedens, der Liebe, der Gemeinschaft und der Besinnung. Als EVP wünschen wir Ihnen all dies und ganz viel davon. In diesem Sinne Ihnen allen frohe Festtage.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Wenn wir diese Tage Revue passieren lassen, dann hat es schon ein bisschen Skurrilitäten gegeben, der Höhepunkt war wohl der Giftgehalt der Fische in der Engelberger Aa. Aber wenn wir das einmal abstreifen und uns auf das Wesentliche konzentrieren, dann war es ein langsamer, stetiger, ideologiegetriebener und in der Form chaotischer Klassenkampf von oben, den Sie hier betrieben haben. Der Sprecher der SVP-Fraktion hat es am Anfang zur Debatte gesagt, er hat gesagt «Der Dampfer ist auf Kurs», und der

Kurs ist auch klar, der heisst «Sparen und Verzichten und Steuern-Abbauen». Das ist das Thema, das Sie diesem Budget zugrunde gelegt haben. Sie haben das Budget, das der Regierungsrat vorgelegt hat – und das war ja schon ein Sparbudget, das war überhaupt kein Füllhorn-Budget –, haben Sie noch übertroffen mit weiteren Sparmassnahmen. Nun Herr Trachsel, Sie haben dann in der Schlussrunde gesagt, Sie würden eben Verantwortung übernehmen für dieses Budget. Und obwohl Sie mit Ihren Anträgen nicht durchgedrungen wären, würden Sie diesem Budget zustimmen. Sie haben wortreich erklärt, wieso Sie jetzt trotzdem diesem Budget zustimmen möchten, obwohl Ihre Anträge abgelehnt worden sind. Man erklärt nur etwas wortreich, wenn man in der Sache nicht sicher ist. Wenn man sicher ist, braucht man nicht viele Worte. Wahrscheinlich haben Sie Ihren eigenen Anträgen gar nicht geglaubt, denn diese waren ja in der Tat sehr skurril. Und es ist ja kein Zufall, dass Ihre Fraktion vom Finanzdirektor, der ja der gleichen Partei angehört, mindestens dem Buchstaben nach, eine Standpauke erhalten hat. Ich möchte jetzt nicht noch ein Stilbild über den Zustand dieser Fraktion abgeben, denn das hat ja Herr Späth schon zu ausführlich gemacht. Ich möchte nur sagen: Ich hoffe nicht, dass die SVP-Fraktion, so wie sie sich in den letzten vier Sitzungen präsentiert hat, in Zukunft die finanzielle Hauptverantwortung im Parlament für den Kanton Zürich hätte. Dann könnte ich nur sagen: Gnad' Gott für den Kanton Zürich.

Die FDP hat sich in dieser Debatte vornehm zurückgehalten. Sie ist im Prinzip fürs Sparen, ausser wenn es um den Gesundheitsdirektor (*Regierungsrat Thomas Heiniger*) geht, das kennen wir, das ist eine alte Geschichte. Ich muss Sie einfach fragen, ob Sie mit Ihrem Partner, der zu Ihrer Linken sitzt (*die SVP*), ob Sie mit diesem Partner wirklich Finanzpolitik für die Zukunft machen können. Aber Sie sind wahrscheinlich auch in Geiselhaft, denn Ihr Ziel – das sieht man ja an dieser PI Boesch – ist auch ganz klar, die Steuern zu senken. Das ist auch Ihr primäres Ziel. Sie machen das vielleicht ein wenig eleganter mit weniger unmöglichen Anträgen, aber Ihr Hauptziel ist genau dasselbe.

Was dann auch noch auffällt, ist das Verhalten zweier Parteien, wenn man diese über Jahre betrachtet. Die CVP ist ja jetzt ökologisch ganz in Beton aufgegangen, dummerweise können Sie Ihren Wählerinnen- und Wähleranteil nicht in Beton giessen (*Heiterkeit*), sondern der besteht auch nur aus Schnee, der ab und zu wegschmilzt. Und bei der EDU fällt mir auf, dass sie am Anfang noch relativ sozial, positiv eingestellt war, heute aber wirklich eine sozial kalte Partei ist. Ich weiss nicht, wie Sie das mit Ihrem Christentum vereinbaren, aber das ist mir

ja eigentlich egal, das geht mich nichts an. Entscheidend ist nicht, was Sie mit Ihrem Gewissen vereinbaren, sondern was Sie hier erzählen.

Was daneben wirklich der Kern dieser Debatte war – und das war eben relativ knapp gehalten –, ist die Steuervorlage 17, ich komme nochmals dazu. Das wird die Zukunft des Kantons Zürich sein, diese Steuerausfälle. Ich gehe davon aus – wir sind nicht begeistert von dieser Steuervorlage 17, aber ich gehe davon aus –, dass etwas kommen wird. Und es werden markante Ausfälle kommen. Der Finanzdirektor hat das am Anfang gesagt: Die natürlichen Personen würden 80 Prozent der Steuern beitragen und die juristischen Personen 20 Prozent. Dann hat er aber gesagt, man könne dort bei den juristischen Personen schon noch etwas machen. Er hat aber natürlich nicht gemeint, dass man dort die Steuern erhöhen könnte, sondern die Steuern senken könnte. Man kann sich aber in der Tat auch fragen: Ist der Beitrag von 20 Prozent der juristischen Personen – nur 20 Prozent – gerechtfertigt? Ich meine, ein grosser Teil der Infrastrukturausgaben, zum Beispiel die Ausgaben in den Verkehrsfonds, kommen direkt den juristischen Personen zugute, dass man all diese Arbeitskräfte, die aus der halben Schweiz kommen, direkt an ihren Arbeitsplatz chauffieren können. Das ist das, was die Allgemeinheit für die juristischen Personen zahlt. Da könnten wir noch weitere Fälle aufzählen. Da frage ich mich schon: Ist das gerechtfertigt, nur 20 Prozent? Ich kann mich erinnern, in den 90er-Jahren war es in der Stadt Zürich bis zu 40 Prozent, die die juristischen Personen bezahlt haben. Da hat man auch gesagt, das sei zu viel, weil man da ein Klumpenrisiko hat. Und die Banken haben dann auch nicht mehr bezahlt. Aber 20 Prozent ist sehr wenig. Und das ist eben schlussendlich der Klassenkampf, den Sie von oben führen: Steuern senken für die Reichen, Steuern senken für die juristischen Personen und dann sparen in verschiedenen Bereichen. Es ist klar, es ist noch kein Kahlschlagbudget, aber die Tendenz ist klar: Sie wollen keine Prämienverbilligung, die den weniger begüterten Menschen zugutekommen würden. Sie wollen beim Personal sparen et cetera. Das ist die Marschrichtung, die Sie eingeschlagen haben.

Deshalb sagen wir Nein zu dieser Marschrichtung, nein zum Steuern-Sparen für die Reichen, das wollen wir nicht. Wir sagen Nein zu diesem Budget.

Erich Vontobel (EDU, Bubikon): Die EDU hat bereits in der Eintretensdebatte gesagt, dass sie hinter dem vom Regierungsrat vorgelegten Budget mit der schwarzen Null steht. An dieser Haltung hat sich auch nach dem hinter uns liegenden Budgetmarathon nichts geändert, im

Gegenteil: Die schwarze Null konnte sich dank den FIKO-Anträgen, die sich im Rat durchgesetzt haben, sogar noch etwas festigen, und das ist gut so. Ein gewisses Mass an Sparen sollte Pflicht sein, alles andere ist kurzsichtig und verantwortungslos. In Zusammenhang mit den Lü16-Massnahmen wurde in der Eintretensdebatte von linker Seite kritisiert, man habe auf Vorrat gespart. Im Nachhinein solches festzustellen, ist keine Meisterleistung. Stellen Sie sich vor, welche Vorwürfe im Raum stünden, wenn man einfach nichts gemacht hätte und unser Kanton dadurch in eine finanzielle Schieflage geraten würde. Nein, da sind wir echt froh, einen Finanzdirektor zu haben, der mit seiner Weitsicht Verantwortung für unseren Kanton wahrnimmt. Abgesehen davon habe ich einmal gelernt «Spare in der Zeit, so hast du in der Not». Eine Not, wenn man das so sagen kann, könnte uns schneller bevorstehen, als uns lieb ist. Ich denke dabei zum Beispiel an die Steuervorlage 17. Was uns da bevorsteht, weiss ja noch niemand so recht genau.

Deshalb – und dabei bin ich bereits beim von der Regierung angestrebten und nun erreichten Staatssteuerfuss von 100 Prozent – ist es auch richtig, zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit den Steuern herunterzugehen. Sollten wir am Schluss «zu viel» Geld in der Kasse haben, könnten wir damit einen Teil unserer Schulden abbauen. Das wäre nachhaltig und unsere Kinder würden es uns danken. Unser Staatssteuerfuss liegt bekanntlich seit 13 Jahren bei 100 Prozent. Das zeugt von Stabilität und bietet für Private wie auch für Unternehmen Planungssicherheit. Ein ständiges Ab und Auf des Steuerfusses wäre ein irritierendes Signal. Gut, dass wir ihn vorhin bei 100 Prozent belassen haben.

Zum Schluss noch ein Wort zur alten, linken und abgedroschenen Leier von sogenannten Steuergeschenken an Reiche, wie wir sie auch dieses Jahr wieder aus den Reihen der SP gehört haben: Auch ich bin dafür, dass jede und jeder seine Steuern bezahlt, egal ob natürliche oder juristische Person. Wenn nun aber unsere Regierung in der nächsten Zeit steuerlichen Handlungsspielraum bei den juristischen Personen ausloten will, zeugt auch das von weitsichtigem Handeln. Geld wächst bekanntlich nicht auf den Bäumen. Und ohne Geld läuft gar nichts, weder rechts noch links. Wir brauchen einen starken Wirtschaftsraum Zürich. Wir brauchen Firmen, die hier bleiben, und Firmen, die sich neu bei uns niederlassen. Sie sind ein Garant dafür, dass überhaupt Steuersubstrat generiert wird und zur Verfügung steht, und zwar auf der Seite der juristischen wie auch auf der Seite der natürlichen Personen; das hängt ja zusammen. Wenn wir uns nun daran erinnern, dass weniger als 1 Prozent der juristischen Personen für 80 Pro-

zent der Steuereinnahmen der juristischen Personen verantwortlich ist, zeigt uns das, wie wichtig es ist, wie wir mit diesen Firmen umgehen. Dazu wünschen wir unserem Regierungsrat viel Mut und Weisheit.

Zur Elefantenrede von Markus Späth: Ich finde es höchst bedenklich, wenn ein Pädagoge derart über einen Ratskollegen herzieht. Das war unterste Schublade. Ich rate Ihnen, sich beim betroffenen Kollegen zu entschuldigen.

Und nun das Fazit der EDU: Wir werden dem Budget, wie es nun vorliegt, zustimmen. Danke.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau): Es spricht der vom Saulus zum Paulus, also zum Guten gewandelte zu Ihnen, der zu Beginn der Budgetsitzung meinte, dass wir uns wahrscheinlich in den kommenden Beratungen mehrheitlich langweilen würden und sich die deutliche Mehrheit sich eher mit ihren Laptops sowie den Zeitungen beschäftigt. Als ich das sagte, meinte ich dies selbstverständlich inklusive meiner Person. Und ja, es ist eingetroffen, was ich am Montag vor einer Woche zu prophezeien wagte, es war ja auch keine allzu schwere Prophezeiung, Fazit nach neun Sitzungen: Was auch nach dieser Budgetberatung übrig bleibt, ist Ernüchterung. Etwas Positives aus dieser Budgetberatung möchte ich an dieser Stelle doch erwähnen: Ich meine im Gegensatz zu meiner Kollegin Esther Guyer, der Entscheid, Budget und KEF gemeinsam zu behandeln, war und ist richtig. Damit möchte ich nicht die Qualität der Anträge als positiv bezeichnen, ganz besonders nicht jene gleichlautenden Anträge, die sowohl im Budget als auch im KEF dann einfach gestellt wurden. In diesem Bereich haben wir alle noch Luft nach oben oder könnten hier, besser gesagt, das Zeitmanagement noch wesentlich verbessern. Schaffen wir dies, werden wir in den kommenden Jahren kaum mehr neun Sitzungen benötigen.

Ich habe von Ernüchterung gesprochen, einer nicht überraschenden Ernüchterung, einer erneut sowie jährlich leider wiederkehrenden Ernüchterung, der Ernüchterung, dass wir es als Parlament einfach nicht schaffen, nachhaltig am uns jeweils vorgelegten Budget spürbare Akzente zu setzen, es entscheidend zu verändern oder zumindest wenigstens daran zart zu rütteln. Ich frage mich: Woran liegt das? Zuerst einmal wiederhole ich mich ebenfalls sehr gerne und halte fest, dass der Regierungsrat dem Parlament dieses Jahr ein überlegtes, sachliches und schlüssiges Budget 2018 vorgelegt hat. Doch anscheinend egal, was der Regierungsrat uns auch für ein Budget vorlegt, wir scheinen es einfach aus Prinzip nicht zu akzeptieren beziehungsweise

akzeptieren zu wollen. Wir können es anscheinend nicht und meinen, wir müssten um jeden Preis ideologisch sowie ganz persönlich geprägte Erhöhungs- und Sparanträge stellen. Das ist und bleibt uninteressant und halt eben – das ist das Tragische – ohne merklichen Einfluss auf das Gesamtbudget. Wenn dann die Debatte noch in die Uneinigkeit der so hochgepriesenen bürgerlichen Mehrheit hinzukommt, die sich teilweise geradezu aus einer persönlichen – erlauben Sie mir den Ausdruck – Fraktionsprofilneurose heraus selbst ausschaltet, ist das nicht nur schade, sondern ein deutliches Zeichen der Ohnmacht dieses Kantons, eine zukunftsgerichtete Finanzpolitik gestalten zu können – von rechts und von links. Meine Damen und Herren der SVP, der FDP und der CVP, Sie haben nach den letzten Wahlen den Bürgern versprochen, sich der Zukunft anzunehmen. Sie müssen es aber nicht nur versprechen, sondern es auch tun. Hier beim Budget hätten Sie die beste Gelegenheit dazu. Warum tun Sie es nicht? Warum dividieren Sie sich gerade beim Budget teilweise so auseinander? Ich sage Ihnen, warum: Weil Sie von Beginn an nie einen gemeinsamen Nenner hatten und sich nur fadenscheinig zusammentun, wenn es um die Verteilung und Sicherung der ganz eigenen Pfründe geht. Ich weiss aber auch, Sie selbstverständlich sind Sie nicht schuld, sondern es werden einmal mehr die Linken sein und Sie werden es wieder einmal der Tatsache zuschieben, es habe zu viele Fraktionen im Zürcher Kantonsrat. Doch gerade Ihre Uneinigkeit führt und muss zu dieser Situation führen. Ja, liebe SP, Grüne und AL, ich erlaube mir, hier anzumerken, dass auch Sie nicht in der Lage sind, vernünftige Finanzpolitik zu gestalten. Das haben einmal mehr Ihre Anträge zur Erhöhung des Budgets und jetzt noch die Ablehnung dazu gezeigt: Auch hier nichts Neues aus dem Westen beziehungsweise – könnte man in Ihrem Fall auch sagen – wohl eher aus dem Osten. Auch Sie operieren aus einer lethargischen Haltung heraus, stetig mit den gleichen Anträgen und Argumenten. Dies führt dann halt auch nicht zu einer prägnanten Finanzpolitik. Diese seit Jahren aus meiner Sicht als Patt zu verstehende Situation zeigt eindeutig, dass es weder eine bürgerliche noch eine linke Mehrheit für die Zukunft braucht. Wir brauchen auch keine Blockmehrheit in der Regierung.

Und was jetzt kommt, dürfte Sie nicht überraschen: Was der Kanton Zürich braucht, ist eine starke und, wie sich immer mehr zeigt, eine konstruktive, lösungsorientierte Mitte. Denn nur eine starke und konstruktive Mitte wird zusammen mit der rechten sowie teilweise auch mit der linken Seite die finanzpolitische Zukunft gestalten können – hier im Parlament wie auch in der Regierung. Nur die Mitte verfolgt nicht von vornherein nur ideologische Ziele. Nur die Mitte wird in der

Lage sein, sowohl guten linken wie ebenso guten rechten Budgetanträgen nüchtern und sachlich zum Durchbruch zu verhelfen. Das braucht der Kanton Zürich und das brauchen dieses Parlament und diese Regierung.

Nun, wir haben jetzt das Budget 2018, einen Steuerfuss von weiterhin 100 Prozent und sind keinen Schritt weiter oder näher am Ziel, weder am Ziel der Bürgerlichen noch am Ziel der Linken. Auch sind wir stets, wie in den Vorjahren, da angelangt, wo wenigstens die Bürgerlichen unserem Kanton einen vernünftigen Start ins neue Jahr ermöglichen. Und die Linken meinen, sich mit einer Ablehnung des Budgets erneut billig aus der Verantwortung ziehen zu können.

Wir, die BDP, tragen diese Verantwortung gerne mit Ihnen und stimmen dem Budget 2018 zu, verbunden mit den besten Wünschen für die kommenden Festtage, und einen guten Rutsch ins neue Jahr für alle hier drin.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 123 : 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5384b zuzustimmen und damit das Budget 2018 mit einem Ertragsüberschuss von 129'677'386 Franken in der Erfolgsrechnung und Investitionsausgaben von 1'037'447'250 Franken in der Investitionsrechnung zu genehmigen.

Ratspräsidentin Karin Egli: Sie haben den Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2018 bis 2021 zur Kenntnis genommen. Von den 50 KEF-Erklärungen, wobei vorgängig vier zurückgezogen wurden, haben wir zehn überwiesen, nämlich die Nummern 12, 14, 16, 25, 29, 30, 31, 45, 47 und 48. Nicht überwiesen wurden 40 KEF-Erklärungen.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Grusswort des Regierungspräsidenten zum Jahreswechsel

Regierungspräsident Markus Kägi:

Vorbei ist nun die grosse Schlacht,
 der Kantonsrat hat es jetzt vollbracht.
 Von 15,5 Milliarden noch zu streichen,
 48 Millionen mussten reichen.
 In Prozenten 0,3,
 reimen würde – was für ein Geschrei.
 Nicht erlauben kann ich mir dies Wort
 hier an diesem heiligen Ort.
 KEF und Budget sind beschlossen,
 viel Herzblut wurde hier vergossen.
 Mit Weh und Klagen
 ging's den Zahlen an den Kragen.
 Vorbei ist nun s'Politgezanke,
 verbleibt ein Wort und das heisst Danke.
 Noch zu dieser späten Stunde,
 und dies von präsidialem Munde:
 Ich wünsche Ihnen ein gesegnet Weihnachtsfeste
 und im neuen Jahr nur s'Allerbeste.
 Viel Glück, dass alles laufen möge rund,
 und jetzt das Wichtigste: Bleiben Sie gesund.
 Oh, dass ich's nicht vergesse,
 dies wünsche ich auch der hier verharnten Presse.
 (*Heiterkeit. Applaus.*)

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Zuständigkeit für die sprachliche und berufliche Integration sowie die Verwendung der Integrationspauschale**
 Motion *Linda Camenisch (FDP, Wallisellen)*
- **Für eine kostendeckende Finanzierung der Gerontopsychiatrie in Heimen**
 Postulat *Astrid Furrer (FDP, Wädenswil)*
- **Bau einer SZU-Doppelspur entlang der Sihltalstrasse ohne Enteignungen**
 Postulat *Judith Bellaiche (GLP, Kilchberg)*

- **Wahlfreiheit statt Zwang im Gesundheitsgesetz**
Parlamentarische Initiative *Christoph Ziegler (GLP, Elgg)*
- **Öffentliche Ausschreibung der Triagestelle (Gesundheitsgesetz)**
Parlamentarische Initiative *Daniel Häuptli (GLP, Zürich)*
- **Beschränkung der Kosten für Gemeinden (Gesundheitsgesetz-Notfalldienst)**
Parlamentarische Initiative *Ronald Alder (GLP, Ottenbach)*
- **Kein Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen!**
Anfrage *Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon)*
- **Integrationsarbeit, Kostentransparenz und Entflechtung der Aufgaben**
Anfrage *Stefan Schmid (SVP, Niederglatt)*

Schluss der Sitzung: 20.50 Uhr

Zürich, den 19. Dezember 2017

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am
5. Februar 2018.